

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe
nummer **35**

Juli / August 2007

- 
- *Nahtzitreffen* in Eschede
 - G8 versenkt
 - Interview mit einem
Anti-G8-Aktivisten aus Cello
 - Neue soziale Bewegungen in Cello
 - Rieger spukt immer noch im
Landkreis Cello
 - Lokales - Provinzielles -
Meldungen

Inhalt

Nahtzitreffen in Eschede Bürgerschaftliches Bündnis gegen Rechts gegründet	Seite 03
Wiedersehen mit den Pimpfen	Seite 05
Lokales - Meldungen	Seite 07
Staatschefs hinter Gittern - aber nur drei Tage G8 versenkt	Seite 10
Interview mit einem Anti-G8-Aktivisten aus Celle Die Protesttage haben uns einen neuen Schub an Ideen und Kräften gegeben	Seite 12
Schlagabtausch	Seite 14
Mehr als 1000 BesucherInnen in Celle - Global Fair	Seite 15
Freiheit statt Freibier Interview mit Edward Viesel zu den Möglichkeiten einer freien digitalen Welt	Seite 16
Neue soziale Bewegungen in Celle (2) Die Proteste gegen das "Stahlhelm"- Bundestreffen in Celle 1983	Seite 18
"Wer einer Frau kann nicht treu sein, kann es auch seinem Vaterland nicht!"	Seite 22
Rieger spukt immer noch im Landkreis Celle	Seite 24
Die Martins-Glocke und ihre Kosten	Seite 25
Neulich im Kapitalismus: die internationale Gemeinschaft	Seite 26
Gudrun Gut I Put A Record On	Seite 27
Die Achse der Hoffnung	Seite 29
Gedichte von Bekim Morina Etwas Besseres als den Tod ...	Seite 28
G8: Gipfel der Ungerechtigkeit Das Buch zum Gipfel?	Seite 30

Hallo, ihr Alle!

Juchhu die neue revista ist da! Diesmal hatten wir so viele interessante Artikel, dass ihr das besondere Vergnügen habt, 32 Seiten revista in Euren Händen zu haben.

Wenn ihr uns was sagen oder schreiben wollt, meckern oder loben wollt, dann mailt oder schreibt uns (Adressen siehe Impressum) oder kommt am ersten Montag jeden Monats ab 19:00 Uhr ins Bunte Haus.

Diesmal geht der besondere Gruß an Heike, die auf Seite 30 extra erwähnt wird - ihr hat unsere Zeitung ihren Namen zu verdanken. Also, viele grüße an Dich!

An unsere LeserInnen auch von
Eurer revista-Redaktion

Liebling der Ausgabe:

1. (-) Die Celler Wirtschaft,
unübertroffen in ihrer Spendenbereitschaft und
ihrem sozialen Engagement.
2. (-) Thomas Adasch,
CDU-Landtagskandidat, Hasselmann als
Vorbild - das hat was.
3. (-) Martin Biermann,
Glockenspender.
4. (-) Jens Rejmann,
Gegner der Kleingruppenisolation.
5. (-) Klaus M. Frieling,
Daumendrücker für Kohl.

Impressum:
Revista, Nr.35
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in
diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch
gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück
für 5,- Euro).
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach
1329, 29203 Celle
email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel
gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung
der Redaktion wieder!
<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Nahtzitreffen in Eschede

Eschede wehrt sich: Kein neues Hetendorf. Neue Treffen von Rechtsextremisten soll es in Eschede nicht geben. So titelte die CZ am 02.06.2007.

Den Hof von Nahtz mit Hetendorf zu vergleichen ist allerdings etwas neben der Sache. Alleine die rechtliche Situation ist eine andere. Das "Heideheim" in Hetendorf war Vereinsvermögen und konnte bei Verbot der Trägervereine eingezogen werden. Der Hof von Nahtz ist Privatbesitz, und da kann er weitestgehend machen, was er will, solange niemand strafbare Handlungen ausführt. Das Nazizentrum in Hetendorf, das 1998 dicht gemacht wurde, hatte nicht zuletzt durch die Integrationsfigur Jürgen Rieger, der dort der "Chef" war, überregionale Bedeutung. Fast alles an rechtsextremen neuheidnisch-germanischen Gruppen, etliche gewalttätige und paramilitärische Gruppierungen sowie Parteien konnten sich dort lange Zeit ungestört treffen. Immerhin existierte das sogenannte Heideheim in Hetendorf fast zwanzig Jahre, bis die Nazis dort endlich ihre Koffer packen mussten.

Mit Sicherheit ist Nahtz kein "harmloser Ureinwohner mit Militärtick", wie noch am 05.02.1993 in der CZ zu lesen war, sondern er ist ein strammer Rechter, Mitglied der NPD und des Celler Sozialpatriotischen Bündnisses (SPB), sowie Teilnehmer des Naziaufmarsches am 09.12.2006 in Celle. Dennoch kommt ihm nicht so eine Bedeutung wie Rieger zu. Er ist nicht so ein "Macher", nicht der Dreh- und Angelpunkt der Szene oder eines Teils davon wie Rieger, sondern eher ein Unterstützer aus tiefster Überzeugung, der seinen Hof regelmäßig diversen rechten Gruppierungen zur Verfügung stellt, und das nun auch schon seit zwanzig Jahren.

Anfang Oktober 1992 fand bei Nahtz eine Wehrsportübung von Neonazis, überwiegend aus dem Hamburger Raum, statt. In Folge der polizeilichen Ermittlungen gegen diese Gruppe wurde Anfang 1993 u.a. auch Nahtz' Hof durchsucht und es wurden unangemeldete Waffen gefunden. Ein "Kenner der Escheder Verhältnisse" wurde in der CZ vom 05.02.1993 mit den Worten zitiert: "Wir haben hier eine harmlose rechte Szene. Das sind Ureinwohner und zumindest keine extremen Gestalten. Die haben vielleicht einen Militärtick." Und weiter: "Es gibt keinen einzigen Skinhead, den wir hier kennen." Doch spätestens im August



Jan Neumann und Marco Siedbürger (rechts) von der Nationalen Offensive Schaumburg beim Naziaufmarsch am 09.12.2006 in Celle
Foto: Recherche Nord

1999 wurden auch den hartnäckigsten Wegguckern die Augen geöffnet, als zwei Escheder Skinheads Peter Deutschmann zu Tode prügeln. Einer der Täter, Marco Siedbürger, ist nach seiner Haftentlassung regelmäßig auf Nazidemos zu sehen, er war am 09.12.2006 ebenfalls in Celle. Er ist Mitglied der Nationalen Offensive Schaumburg, die durch extreme Gewaltbereitschaft auffällt, das Innenministerium prüft gerade ein Verbot.

Einige Jahre vor der o.g. Wehrsportübung fand laut einem Celler Polizisten, wie die CZ berichtete, ein Fahnenappell des Bundes Deutscher Mädchen bei Nahtz statt. Regelmäßig wurden Sonnenwendfeiern bei Nahtz durchgeführt, Sommer wie Winter, und der letzte Höhepunkt war im Mai das Treffen der Heimmattreuen deutschen Jugend.

Um nun kein "neues Hetendorf" zu bekommen, hat sich in Eschede ein bürgerliches Bündnis gegründet. Eschedes zweiter Bürgermeister und SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus-Jürgen Baumeister erwartet von den Ratsmitgliedern, dass sie "Gesicht zeigen" müssten zur Verhinderung eines "zweiten Hetendorfs" (CZ vom 31.05.2007). In einer Resolution, die von dem Escheder Samtgemeindebürgermeister sowie den Bürgermeistern von Eschede, Habighorst, Höfer und Scharnhorst unterzeichnet ist, heißt es "Weiter dort (in Eschede, rev.) geplante Treffen nehmen wir nicht hin und wer-

Wiedersehen mit den Pimpfen

von Andrea Röpke und Andreas Speit

Holprig führt die Schotterstrecke gut eineinhalb Kilometer zu dem Anwesen in der niedersächsischen Südheide. Einsam taucht am Ende der Stichstraße der Resthof auf. Ein Haus, eine Scheune bilden das Anwesen des Landwirts Joachim Nahtz. Der Bauernhof wirkt etwas heruntergekommen. Doch es ist alles andere als einsam an diesem Pfingstwochenende hier am Ortsrand von Eschede, der Grund ist sofort zu erkennen. Im Morgenwind flattern zwei Flaggen: eine große Reichskriegsfahne wie sonst auch und jetzt an Pfingsten die Fahne der "Heimattreuen Deutschen Jugend - Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e. V.", kurz HDJ: eine rote Flamme auf schwarz-weißem Grund.

"Der Heimat und dem Volk treu", steht auf dem aus rohen Stämmen gezimmerten Holztor, das in das Zeltlager auf Nahtz' Wiese führt. Das Gelände hat schon einige Sonnwendfeiern erlebt, im Sommer wie im Winter. Im Dezember 2000 löste die Polizei ein entsprechendes Fest auf. Heute an Pfingsten belassen es die Beamten beim Beobachten.

Zwischen den weißen Jurte-Zelten laufen viele Kinder und Jugendliche herum. Die Jungen tragen kurze Hosen, die Mädchen Zöpfe. Die übliche HDJ-Kluft ist nicht zu sehen. "Wir haben die Uniformierung untersagt", erklärt ein Polizeisprecher. Die besteht aus blauen Hemden und Knickerbockern für die Jungen, weißen Blusen und bodenlangen blauen Röcken für die Mädchen. Die Beamten stehen an der Zufahrt in Eschede, um zu kontrollieren, ob das Verbot auch eingehalten wird. Denn die HDJ kann getrost als rechts-extremistischer Verein für Kinder und Jugendliche bezeichnet werden. Unter der Führung von Sebastian Rübiger will er seit Jahren mit Fahrten und Zeltlagern bei Kindern und Jugendlichen von 7 bis 25 eine "heimat- und volksbewusste Einstellung" verankern. So heißt es auf der Website der HDJ, geschmückt mit Lagerromantikbildern von glücklichen Kindern.

Es gab schon einmal eine Organisation, die sich die rechte Erziehung auf die Fahnen geschrieben hatte. Die Wiking-Jugend (WJ), die im November 1994 "wegen ihrer Wesensverwandtschaft mit der NSDAP und der Hitler-Jugend" vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther verboten worden war. Auf dem Zeltlager am Finkenberger aber sind einige Protagonisten der alten Gruppe wieder dabei. Bundesführer Rübiger, der gewichtigen Schritts durch die Zeltreihen läuft, hieß bei der Wiking-Jugend einmal Gauführer Sachsen. Außerdem sind in der HDJ auch der Ex-WJ-"Gauführer Westfalen" Gerd Ulrich und Ex-WJ-"Gauführer Franken" Dirk Nahrath sehr engagiert. Auf dem Pfingstlager zu Besuch hingegen ist aber Manfred Börm, zu Wiking-Jugend-Zeiten "Gauführer Nordmark" und heute Leiter des berüchtigten Ordnerdienstes der NPD. Daneben tummeln sich auf Nahtz' Gelände auch NPD-Mitarbeiter der Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern wie Torgaj Klingebiel,

Michael Gielnik und Jörg Hähnel. Für sie ist der Bauer ein alter Bekannter. Nahtz trug eine Zeit lang wechselweise das Parteibuch der "Republikaner"

und der NPD in der Tasche, zuletzt kandidierte er 2005 für die NPD bei der Kommunalwahl.



Appelle und Gewaltmärsche

Hier in der Südheide dürfen Rübiger, Nahtz und Co. ziemlich ungestört Kinder und Jugendliche schulen. Beliebte Fächer auf HDJ-Lagern sind Menschenführung, Rhetorik und Lagersicherheit. Alles sieht auf den ersten Blick wie ein Pfadfinderlager aus, aber bei der HDJ geht es um mehr als "Jeden Tag eine gute Tat". Die Kinder und Jugendlichen werden in eine völkisch-nationale Parallelwelt eingeführt: Jeder Tag beginnt mit einem Appell. Schließlich will die HDJ der Jugend "ein Leben mit Tradition und Werten" für ein "unabhängiges Deutschland" anhand von "körperlichen und geistiger Lebensführung" beibringen. Tanja P. weiß aus eigener Erfahrung: "Die Kinder werden dort vorbereitet auf den zu erwartenden Straßenkampf, auf Demonstrationen." Die Aussteigerin war einst selbst bei der Wiking-Jugend aktiv und hat zwei ihrer fünf Kinder zur HDJ geschickt.

Die Männer, die den Nachwuchs in Empfang nehmen, sind der Polizei bestens bekannt. Gegen Sebastian Rübiger ermittelt derzeit die Potsdamer Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Körperverletzung. Der Bundesführer soll während eines HDJ-Treffens mit anderen Kameraden Journalisten angegriffen haben. Neben ihm sind bei Spiel und Drill auf dem Finkenberger Pfingstlager auch Christian Fischer und Christian von Velsen zu sehen.

Die Polizei hat erst vor wenigen Wochen am 26. April deren Wohnungen durchsucht. Gegen die beiden und 24 weitere Neonazis in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ermittelt die Staatsanwaltschaft Osnabrück: wegen Verdachts auf Bildung bewaffneter Gruppen. Mehrere Waffen wurden sichergestellt. Auslöser des Einsatzes: der Zufallsfund bei einer vorhergehenden Razzia, wo Bilder von einem "paramilitärischen Sommercamp" in Wilsun auftauchten. Sie zeigten auch Scheinhinrichtungen (taz berichtete).

"Mein Glaube ist der Kampf" gilt als eine der Parolen der HDJ. Gerne würden sie auch die Odalsrunen nutzen. Zwei Jahre stritten sie juristisch ohne Erfolg um das Abzeichen, das schon WJ und Hitler-Jugend zur Erkennung diente. "Eltern, die früher selbst einmal bei uns gewesen sind, schicken heute ihre Kinder", wirbt die HDJ auf ihrer Website. Im Vereinsmagazin Funkenflug legte der erste Bundesführer

Alexander Scholz ihre Ziele dar: "Wir verpflichten uns Deutschland, indem wir geistige und körperliche Wehrhaftigkeit ausbilden." Im Funkenflug meinte auch Rübiger: "Wir brauchen Kämpfer von fanatischer Besessenheit und zäher Ausdauer." Auf der HDJ-Website wird gewarnt: "Eltern aufgepasst": Die Kinder würden zu "multi-kulturell denkenden ‚Weltbürgern‘ geformt". Ihr Gegenprogramm auf den Zeltlagern: Strammstehen, Frühsport und Gewaltmärsche mit Gepäck.

Parallelen zur Wiking-Jugend



Selbstdarstellung der Wiking-Jugend

Auf der Wiese am Waldrand in Eschede üben Jugendliche Speerwerfen. Auch zum Training fürs Kugelstoßen liegt alles bereit. Es wird getanzt und gesungen. Appelle mit Trompeten gibt es auch. "Schon recht militärisch", meint ein Polizist, der das Lager aus Distanz beobachtet. So militärisch, wie es auch oft bei der Wiking-Jugend zuzuging.

Vieles auf dem HDJ-Pfingstlager, Ablauf und Angebote, erinnern an WJ-Treffen. Bis zu ihrem Verbot richtete die WJ Lager mit Fahnenappell, Märschen und Wehrsportübungen aus. Solche Erinnerungen will die HDJ offiziell nicht wecken. Hat doch das Bundesinnenministerium ausdrücklich betont: "Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Wiking-Jugend zu bilden." Die Verfassungsschützer in Berlin und Brandenburg erwähnen seit Jahren in ihren Berichten die HDJ: "Ähnlich wie bei der (WJ) zielt das Lebensbünd-Konzept der HDJ darauf ab, ein rechtsextremistisches lebensweltliches Freizeitangebot für die ganze Familie zu bieten."

Warum ist so eine Organisation bis heute nicht verboten? Die Antwort ist so banal wie erschütternd: Die Politik debattiert seit einiger Zeit, wer für so ein Verbot eigentlich zuständig ist: Bund oder Länder? Exemplarisch dafür ist die Antwort des Innenministeriums Nordrhein-Westfalens im Herbst 2006 auf eine kleine Anfrage der Grünen: "Überschneidungen hinsichtlich der ideologischen Zielsetzung (‚völkisch-nationalistisch‘) und der Zielgruppe (‚Kinder und Jugendliche‘) zur WJ“ seien gegeben. Aber das Ministerium führt weiter aus, für eine Verbotsprüfung sei das Bundesinnenministerium zuständig, da der Verein "bundesweit tätig ist". Das angesprochene Ministerium sieht das aber anders. "Die HDJ ist eine rechts-extreme Organisation", sagt eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums, aber "formal" nicht bundesweit aktiv. Dagegen spricht schon, dass die HDJ im schleswig-holsteinischen Plön eingetragen ist - übrigens mit der

Registriernummer VR 672930 -, die "Bundesführung" aber ihren Sitz in Berlin hat. Die HDJ führt außerdem mehrere "Einheiten", die teilweise gleich mehrere Bundesländer organisatorisch abdecken. So die Einheit "Nordland", in der Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zusammengefasst sind.

Aktivitäten gibt es nach taz-Informationen auch in Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen. Doch außer in Berlin und Brandenburg erwähnt von den 16 Verfassungsschutzämtern nur noch das in Mecklenburg-Vorpommern die HDJ.

Für Experten liegt auf der Hand, dass die HDJ das Geschäft der WJ fortsetzt. Günther Frankenberg, Jura-Professor an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, sagt, die HDJ "sei eine Ersatzorganisation der Wiking-Jugend". Niels Annen, SPD-Bundestagsabgeordneter und der Leiter der Projektgruppe Rechtsextremismus des Parteivorstandes, gibt ihm Recht: "Die frei zugänglichen Informationen legen in der Ideologie, Aktionsform und im Selbstverständnis eine Ähnlichkeit zur WJ mehr als nahe." Annen sieht dringenden Handlungsbedarf. Das Bundesinnenministerium hätte die Beobachtung längst intensivieren müssen. Gegebenenfalls müssen die Ergebnisse dann auch zu einem Verbot führen. "Ein Nachfassen scheint dringend geboten", sagt auch Monika Lazar, Rechtsextremismus-Expertin der Grünen.

In diesem Jahr will die HDJ insgesamt über 25 Zeltlager, Seminare, Märsche und Feiern ausrichten.

entnommen aus der taz vom 1.6.2007

Anm.: Nahtz kandidierte bei der letzten Kommunalwahl nicht für die NPD sondern für das "Sozialpatriotische Bündnis Celle" (SPB)

DIE WIKING-JUGEND

Die am 2. Dezember 1952 in Wilhelmshaven gegründete Wiking-Jugend (WJ) galt als die älteste und zahlenmäßig stärkste rechtsextremistische Jugendorganisation Deutschlands. Bis zu ihrem Verbot 1994 zählte die in Gebräuchen und Symbolen an die Hitlerjugend (HJ) anknüpfende Organisation rund 400 zumeist erwachsene Mitglieder.

Ausgangsorganisation der streng nach dem Führerprinzip ausgerichteten WJ war die "Reichsjugend", die Nachwuchsorganisation der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP). In ihrer Zeitschrift "Wikinger" sowie bei Zeltlagern und Wochenendfahrten mit paramilitärischen Geländespielen propagierte die in "Gau" und "Horste" gegliederte Organisation eine rassistisch geprägte "Nordland"-Ideologie. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen jährlich über Pfingsten ausgerichtete "Tage volkstreuere Jugend" im niedersächsischen Hetendorf, das nicht weit von Eschede entfernt ist.

Sklavenhändler

Anfang April war die Zeitarbeitsfirma "Randstad" in der Westcellertorstraße mal wieder Objekt einer Graffiti-Attacke: "Kapitalismus abschalten", "Gegen Zwangsarbeit" und "Gegen Ein-Euro-Jobs". Die Stellungnahme einer Randstad-Pressesprecherin fiel lustig aus; sie fragte, was ihre Firma denn mit Ein-Euro-Jobs zu tun habe? - Ein Dementi zur "Zwangsarbeit" gab's nicht.

Als dann die Arbeitsagentur knapp zwei Wochen später einen Info-Tag "Neue Perspektiven durch Zeitarbeit" mit Zeitarbeitsfirmen durchführte, protestierte das "Bündnis für soziale Gerechtigkeit". Statt großer Analysen wurde einfach der Text des Ton-Stein-Scherben-Songs "Sklavenhändler" verteilt. Bei etlichen Erwerbslosen durchaus mit einer Resonanz, die über die bloße Erinnerung hinausging: "Sklavenhändler, hast du Arbeit für mich? / Sklavenhändler, ich tu alles für dich! / Sklavenhändler, geh zum Telefon. / Hörst du nicht, es klingelt schon. / Und wenn ich sieben fuffzich verdiene, geb ich dir drei fuffzich ab. / Ich brauch nur was zu essen und vielleicht ein bißchen Schnaps. / Ich brauch überhaupt nicht viel Geld, denn ich bin ein schlechter Mensch. / Ich hab mein ganzes Leben nichts gelernt, außer daß man besser die Fresse hält."



Celler Thesen

Der Niedersächsische Städtetag hat auf seiner Städteversammlung in Celle die so genannten "Celler Thesen zur kommunalen Bildungspolitik" verab-

schiedet. Kernforderung: Ein Modellversuch an Grundschulen in mehreren Städten, bei dem die Kommunen auch für das Lehrpersonal zuständig sein sollen. Bislang sind Städte und Gemeinden als Schulträger nur für Gebäude und das nichtpädagogische Personal verantwortlich.

Die Zuständigkeit für die Lehrer liegt beim Land. Als eine Konsequenz aus den PISA-Studien müsse es abgestimmte Bildungspläne für Kindertageseinrichtungen und Schulen geben.

Der Präsident des Niedersächsischen Städtetages, Celles Oberbürgermeister Martin Biermann, bezeichnete das deutsche Schulsystem als ein europäisches Auslaufmodell. Warum es aber besser gehen soll, wenn der Oberbürgermeister oder der Landrat künftig Chef der RektorInnen und LehrerInnen ist, leuchtet auch nicht unbedingt ein.

Biermann stellte die vom Nds. Städtetag beschlossenen Thesen im Mai auch auf dem Deutschen Städtetag vor. In der Berichterstattung der CZ konnte man dann den Eindruck haben, er habe sie nicht nur vorgestellt, sondern sie seien auf seinem Mist gewachsen.

Die "Celler Thesen zur kommunalen Bildungspolitik" als PDF: http://www.nst.de/media/custom/437_4639_1.PDF?La=1&object=medl437.4639.1

Flüchtlings-"Heim" schließen

Mit Zweifeln an der "Wirtschaftlichkeit" hat die Ratsfraktion der Bündnisgrünen die Schließung des Flüchtlings-"Heims" in Scheuen gefordert. Zur Zeit würden die insgesamt 45 Plätze nur von 13 Personen belegt; für die Unterhaltung des Gebäudes seien jährlich 115000 Euro veranschlagt. Während der Fraktionsvorsitzende der FDP, Falkenhagen, das Anliegen der Bündnisgrünen diskussionswert fand, sehen sowohl CDU-Ratsfraktion wie die Stadtverwaltung keinen Anlass. Für die SPD-Ratsfraktion teile Jens Reymann mit: "Wenn es nur noch drei Leute wären, die dort wohnten, sollte man dar-

über nachdenken." Der Arbeitskreis Ausländer wandte sich daraufhin in einem Brief "bestürzt" an den Fraktionsvorsitzenden: "Ihnen dürfte bekannt sein, dass viele engagierte Menschen in Celle sich immer wieder dafür eingesetzt haben, dass endgültig und abschließend eine der Würde des Menschen entsprechende Unterbringung für Flüchtlinge in Celle realisiert wird. Bisher hatten wir den Eindruck, dass Ihre Fraktion diese Auffassung ebenfalls vertreten würde. Dies scheint jedoch nunmehr nicht der Fall zu sein. ... Wir können nur feststellen, dass die isolierte Unterbringungssituation zu verstärkten physischen und psychischen Beeinträchtigungen der Bewohner führt. Diese in Celle durchgeführte Ausgrenzung und Diskriminierung muss endlich ein Ende finden und den betroffenen Menschen eine Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht werden."

Kein Genmais-Versuch

Auf Anweisung des Bundeslandwirtschaftsministerium kam noch vor dem Anbau das "Aus" für das in Dasselsbruch geplanten Genmais-Wertprüfungsanbau. Der Abstand zu konventionellem Abbau sei nur 110 Meter und damit der seit Februar gültige Sicherheitsabstand von 150 Metern nicht eingehalten. Das Bundessortenamt musste daraufhin seine Absicht, hier den Genmais von Monasanto (MON-810) anzubauen, fallen lassen.

Lehrstellen: Alte Leier ...

Jedes Jahr dieselbe elende Situation - zu wenig Lehrstellen. Im April standen 720 beim Arbeitsamt gemeldeten BewerberInnen 447 Lehrstellen für das beginnende Ausbildungsjahr offen. In manchen Sektoren - z.B. für kaufmännische Berufe ist das Verhältnis grotesk - für 472 BewerberInnen stehen gerade mal 117 offene Ausbildungsplätze zur Verfügung. Fachkräftemangel? Die Verantwortung liegt bei den Unternehmen.

Anti-AKW-Bewegung Sicher ist nur der Ausstieg!

Nach aktuellem Stand gibt es dieses Jahr keinen Castor-Transport nach Gorleben. Die Anti-AKW-Bewegung will aber mit zwei Demonstrationen im Spätsommer auf die ungelöste Atommüllproblematik aufmerksam machen. Am 1. September wird in Gorleben demonstriert, Motto: "Gorleben brennt und ... unter den Nägeln. Hochradioaktiver Müll und kein Endlager in Sicht!" Und am 13. Oktober soll in Salzgitter gegen den Umbau des Schacht Konrad in ein Atommüllendlager protestiert werden. Das Celler Forum gegen Atomenergie ruft dazu auf, sich an beiden Aktionen zu beteiligen.

Seit rund 40 Jahren produziert die Atomindustrie in Deutschland nicht nur Strom sondern auch hochradioaktiven Abfall. Aber bis heute gibt es kein sicheres Konzept für eine Lagerung dieses gefährlichen Mülls. Die Anti-AKW-Bewegung hat hierfür das Bild geprägt: Ein Flugzeug ist gestartet und es gibt keine Landebahn. Trotzdem wird täglich weiter hochradioaktiver Müll produziert. Wissenschaftler mahnen an, dass die Biosphäre mindestens 1 Million Jahre (das sind ca. 50.000 Generationen) vor dem Kontakt mit dem Atommüll geschützt werden müsse. Aber niemand weiß, wie das gehen soll.

Aktuell steht der hochradioaktive Atommüll in oberirdischen "Zwischen"-Lagern, eingepackt in Castorbehältern. Die in Deutschland betriebenen Versuche, Atommüll in ehemaligen Bergwerken und Salzstöcken einzulagern, sind bisher dramatisch gescheitert. Das Endlager Morsleben bei Helmstedt für schwach- und mittelaktiven Atommüll ist ein Beispiel dafür, wozu die Nutzung eines nicht geeigneten Bergwerks führen kann. Es ist teilweise eingestürzt, inzwischen stillgelegt und bis heute ist unklar, wie mit der katastrophalen Situation verfahren werden kann. Ebenso das Atommülllager Asse II bei Wolfenbüttel: Von 1967 bis 1978 fand die Einlagerung von über 126.000 Atommüllfässern statt. Seit 1988 gibt es

permanenten Laugenzufluss aus dem Neben- und Deckgebirge. Die Ursache dieser Laugeneinbrüche, z.Zt. täglich 12 Kubikmeter, ist ungeklärt. Weil die Betreiber der Asse um die Standsicherheit bangen, wollen sie das Bergwerk flüssig verfüllen. Der Atommüll, darunter 12,5 kg Plutonium, soll nicht-rückholbar sich selbst überlassen werden. Dieser Plan nimmt die Auflösung der Verpackungsgebände und die Verseuchung des Grundwassers durch austretende Radionukleide innerhalb weniger Jahre bewusst in Kauf.

Der Salzstock Gorleben wurde seit 1977 erkundet. Es ist bekannt, dass er Kontakt mit Grundwasser hat und somit den brisanten Strahlenmüll nicht vom Eintritt in die Biosphäre abhalten kann. Und er ist immer noch mobil. Nach Auffassung vieler Wissenschaftler ist der Salzstock Gorleben deshalb als Endlager ungeeignet ist. Doch die Atomlobby setzt - ungeachtet dieser Kritik - weiter auf Gorleben. Und weder die rot-grüne, noch die CDU/SPD-Bundesregierung sind bereit, das Projekt endgültig zu beenden.

Mit der Endlagerkampagne will die Anti-AKW-Bewegung erneut auf die ungelöste Problematik hinweisen - und als logischen ersten Schritt die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke fordern.

Infos zu den Demonstrationen und einer im September geplanten Veranstaltung von attac und dem Celler Forum gegen Atomenergie mit Pro. Dr.

Bertram gibt es auf der Seite: www.anti-akw-celle.de

Naziopa raus!

Der Besitzer des Country-Freizeit-Shops in der Neuen Straße, Reinhard G., wusste sehr genau, warum er eines Morgens im Juni die Parole "Naziopa raus!" an seinem Laden fand. Für den CZ-Fotografen stellte er sich mit der Reichskriegsflagge in der Hand neben die Sprühpapole - aufklärender geht's kaum. Die Fahne habe doch überhaupt nichts mit Rechtsextremismus zu tun, beklagte sich der Händler. Komisch, dass die Neonazis sie dann auf ihren Demos so gern spazieren tragen. Jedenfalls dort, wo sie's dürften. Denn in einigen Bundesländern wie NRW, Hessen oder Berlin stellt die Verbreitung und Darstellung dieser Flaggen einen "Verstoß gegen die öffentliche Ordnung" dar, die Flagge wird eingezogen. Und auch in Niedersachsen könnte es zur Verfolgung als Ordnungswidrigkeit kommen. Das hängt hauptsächlich vom Zusammenhang ab, in dem die Flagge gezeigt wird - also z.B. auf Demonstrationen neofaschistischer Parteien und Organisationen. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalens entschied: "Die Verwendung der Reichskriegsflagge in der Öffentlichkeit, insbesondere bei Kundgebungen und Veranstaltungen rechtsradikaler Parteien wie der NPD,



stellt in Verbindung mit den von diesen u.a. proklamierten Hetzparolen gegen Ausländer und politisch Andersdenkende eine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar. Denn durch die Verwendung der Reichskriegsflagge soll bei dem Beobachter insinuiert und ihm deutlich gemacht werden, daß man bereit sei, diese ein geordnetes menschliches Zusammenleben negierenden Parolen mit Gewalt durchzusetzen. (vgl. OVG NRW, B v. 22.06.1994 - 5 B 193/94-NJW 1994, 2909) Durch Erlass des Innenministers sind alle Polizeidienststellen in NRW deshalb angewiesen, durch Auflagen oder Verbotsverfügungen im Sinne von § 15 VersG die Verwendung der Reichskriegsflagge zu unterbinden."

Daumendrücken für Kohl?

Warum eigentlich nicht? Fragt Klaus M. Frieling, nachdem Altkanzler Kohl als Friedensnobelpreiskandidat ins Gespräch gebracht worden war. In Sachen Nobelpreis habe er - trotz der unschönen dunklen Flecken wegen der Parteispendenaffäre "unser Daumendrücken" verdient. Wir alle erinnern uns an den großen Kanzlersatz von 1989: "Von deutschem Boden muss in Zukunft immer Frieden ausgehen." Geklappt hat's ja nicht, in den letzten Tagen der Regierung Kohl gab das Parlament grünes Licht für den Kosovo-Krieg - bombardiert wurde Belgrad dann allerdings erst unter den Lichtgestalten der neuen Friedensbewegung, Schröder und Fischer.

Grundschule künftig ganztags?

Biermann kündigte im Juni an, über ein Modellprojekt des Landes alle Celler Grundschulen in Ganztagschulen umwandeln zu wollen. Die CDU-Fraktionsvorsitzende Astrid Peters erhob gegenüber der CZ einen Einwand: Lehrer und Eltern müssten damit einverstanden sein.

Hannah wer?

Rekordverdächtige drei Schreibweisen von "Hannah Arendt" bot die Cellesche Zeitung in der Besprechung einer Lesung des Briefwechsels zwischen der Philosophin und ihrem Doktorvater Karl Jaspers an: Ahrend, Ahrendt und Arendt. Eine war immerhin richtig, aber ... wer im Glashaus sitzt, soll bekanntlich nicht mit Steinen werfen.

Montessori-Leiterin fristlos entlassen

Im Mai wurde die Leiterin der "Freie Aktive Schule Celle", Christiane Kessener, mit sofortiger Wirkung vom Vorstand des Trägervereins gekündigt. Als Grund nannte der Vorsitzende Michael Thürmer, die Schulleiterin habe "den Kindern nicht rechtzeitig ihre Grenzen aufgezeigt". Kessener hatte die auf Montessori Grundsätzen basierende Freie Schule mit aufgebaut und seit fünf Jahren geleitet. Die Entscheidung kam für viele der Eltern und MitarbeiterInnen völlig überraschend.

Subcutane Dauerbeeinflussung

Da hatten die Rotarier-Damen vom "Inner Wheel Club"-Celle den Plöner Landrat Volkram Gebel eingeladen, um von ihm ein Plädoyer gegen die Medien-Verwahrlosung zu hören. Neben einer so genannten Enthemmungsspirale in Sachen Sex und Gewalt, störte den Referenten ein weiteres: Unternehmer würden im Fernsehen als egoistisch, Politiker und Beamte als unfähig und korrupt dargestellt. Eine derartige subcutane Dauerbeeinflussung sah er insbesondere im "Tatort" am Werke. Nuja - der Herr Referent, Politiker und Beamter, hatte 2004 selbst eine vierstellige Geldbuße zu zahlen, um ein gegen ihn eingeleitetes Ermittlungsverfahren "wegen geringer Schuld" zur Einstellung zu bringen. Dem Landrat wurde vorgeworfen, die Mitarbeiter seiner Umweltaeilung daran gehindert zu haben, einen sofortigen Baustopp zu

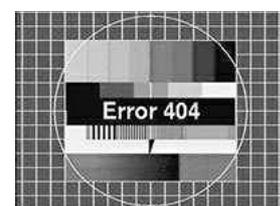
verhängen, als der Besitzer eines Sportboothafens den ohne Genehmigung mit der Ausbaggerung des Hafens begann und 165000 Tonnen giftigen Schlicks einfach im Bruchwald eines Sees verklappte. Irgendwie so eine typische Tatort-Randgeschichte, oder?

Landtagskandidat Adasch

Es ist ja seltener geworden, dass man sich über Jahrzehnte in einer Partei abstrampeln musste ("Ochsentour"), um irgendwann zu einem gut dotierten Mandat zu kommen. Einer hat's geschafft: Thomas Adasch dürfte im nächsten Jahr als Kandidat der CDU für den Wahlkreis Celle/Hambühren in den Landtag einziehen. Auf seiner Website gibt er in der Rubrik "Ich über mich" sein Vorbild bekannt: Wilfried Hasselmann, Minister a.D., den er schon als Trauzeugen hatte. Hasselmann musste als Nds. Innenminister 1988 zurücktreten, weil er als Zeuge in dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur so genannten Spielbanken-Affäre die Unwahrheit gesagt hatte. - Und sicher ganz in der Tradition seines Förderers, gibt Adasch mannhaft eine Selbstauskunft darüber, was er am besten kochen könne: "Frühstückseier mit dem Eickerkocher."

Wenn die Wirtschaft spendet ...

Beim städtischen Dämmerchoppen für die Celler Wirtschaft im Juni bat OB Biermann die versammelten 100 Unternehmensvertreter um Spenden für eine Behinderteneinrichtung in Moskau. Es kamen, wie die CZ berichtete, 120 Euro zusammen. Soziales Engagement ist den Damen und Herren halt eine Herzensangelegenheit.



G8 versenkt



Nachträglich hat es einen zusätzlichen Witz, dass Putin die Kritik Merkels an Repressionen gegen russische Oppositionelle schon bei ihrem Treffen im Vorfeld des G8-Gipfels in Samaran mit dem Verweis auf das deutsche Vorgehen konterte. Und in der Tat: Von den viel beschworenen Verfassungsrechten blieb

in Rostock/Heiligendamm nichts übrig. Die geteilten Gewalten zogen an einem Strang, vermittelt durch einen Einheitsbrei der von den Werbeanzeigen der Konzerne abhängigen "vierten Gewalt". Und "hinter Gittern" aktualisierten die G8-Chefs ihre Agenda zur Durchkapitalisierung der Welt.

Zwar schienen die Ergebnisse der Weltenretter so, dass einem unwillkürlich Anderson Märchen von des Kaisers neuen Kleidern in den Sinn kommen musste: "Aber sie haben ja gar nichts an!" Alle G8-Staaten hätten sich darauf geeinigt, bis 2050 eine Halbierung des Ausstoßes der Treibhausgase "ernsthaft in Betracht zu ziehen", verkündete Angela Merkel als "großen Klima-Erfolg". In der offiziellen Abschlusserklärung heißt es: "Bei der Festlegung eines globalen Zieles für Emissionsreduktionen haben wir heute unter Beteiligung aller bedeutenden Emissionsländer vereinbart, dass wir die Entscheidungen der Europäischen Union, Kanadas und Japans, die zumindest eine Halbierung der globalen Emissionen bis 2050 beinhalten, ernsthaft prüfen werden." Wichtigster Bestandteil dieser Prüfung dürfte sein, ob die Gewinnerwartungen der Konzerne durch "Maßnahmen" beeinträchtigt werden oder nicht. Die 45-seitige Abschlusserklärung dreht sich im Kern nur um einen Punkt: Sicherung und Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems, was sich dann z.B. gegenüber den Schwellenländern als "Stärkung der Investitionsfreiheit durch ein offenes Investitionsumfeld" buchstabiert. Bei allen konkurrenzbedingten Differenzen der Staatenlenker - ihr gemeinsamer Fahrplan für die Interessen der multinationalen Konzerne hat Fortschritte gemacht. Ein Problem scheint darin zu bestehen, dieses Programm medial nach außen zu vertreten. Wie anders wäre es zu erklären, dass keine der großen bürgerlichen Zeitungen die Abschlusserklärung dokumentiert?

Zu dieser Vorsicht haben auch die Kritiker der G8-Politik beigetragen. Die Analysen dessen, was in Heiligendamm besprochen und vereinbart werden würde, erwiesen sich als weitgehend zutreffend. Aber hat es zu einer Delegitimierung und breiteren Ablehnung dieser Politik geführt? Ernüchtert muss man feststellen, dass die Zahl der TeilnehmerInnen der Rostocker Großdemonstration hinter den Erwartungen zurückblieb. Egal, ob es nun 50.000 oder 80.000 waren -

Masse ist das nicht, sondern mal gerade die zweiwöchentliche Füllung eines größeren Bundesligastadions. War nichts mit Millionen statt Millionäre? (Es gibt 760.000 Finanzvermögensmillionäre in Deutschland.)

In Rostock versammelten sich Menschen mit einer mehr oder weniger weitgehenden Kritik am Kapitalismus. Die Chefetagen der Gewerkschaften fühlten sich da nicht zugehörig (ein Unterschied zu Genua mit seinen 300000 Teilnehmern). Und leider haben auch die Linkspartei und attac nicht die organisatorische Kraft, wenigstens so viele Menschen zu "mobilisieren", wie sie Mitglieder haben. In der sich an Rostock anschließenden Aktionswoche waren gut 10.000 Leute dem Aufruf des bewegungslinken Block-G8-Netzwerkes gefolgt, denen es dann auch gelang, Polizei und Medien in Atem zu halten. Abgesehen von albernen "Ich bin am Zaun"-Bildern zeigte sich die Strategie einer Blockade der Infrastruktur für das Meeting der Herrschaft als halbwegs tauglich, mal Räder außerhalb der Fabrik still zu stellen.

Vor allem haben aber die Tage von Rostock/Heiligendamm eines in aller Deutlichkeit offenbart: Die herrschenden Eliten in diesem Land nutzen jedes probate Mittel gegen antikapitalistische Bewegungen. Die BILD brachte es auf den Punkt: "Wollt ihr Tote, ihr Chaoten?" Man muss diesen Satz als Drohung lesen. In Rostock hat die Polizeiführung, angesichts des zunächst friedlichen Verlaufs der Demonstration ihren "Plan B" ausgepackt und eine "Straßenschlacht" provoziert. (Dass manche "Autonome" die Dressurübung bereitwillig mitmachten und über das ihnen hingehaltene Stöckchen sprangen, spricht nicht unbedingt für sie, sondern eher für die Qualität der Polizeipsychologen.) Damit war zweierlei erreicht: Einerseits hatten die Medien ihr Thema, nämlich die Gewalt der Autonomen. Andererseits beschäftigten sich auch die Bündnisorganisationen zwei Tage lang mit kaum was anderem. (Immerhin: Die von der Polizei beabsichtigte Spaltung unterblieb.)

Das Verhältnis einer gewalttätigen Welt, verantwortet von den G8, und der reagierenden Gewalt einer Demonstration wurde in den Medien auf den Kopf gestellt. Der Stein ging mal wieder als Massenvernichtungswaffe durch, auch wenn die Mehrheit der Verletzten aus dem Tränengaseinsatz der Polizei resultierte. Am offensichtlichsten wurde dies über die Verdrehung einer Redepassage von Walden Bello auf der Rostocker Abschlusskundgebung. Bello ist übrigens nicht irgendwer, sondern Soziologieprofessor an der Universität der Philippinen und Träger des Alternativen Nobelpreises: Am Samstag um 18.41 Uhr brachte die Nachrichtenagentur dpa einen Bericht ihres Korrespondenten Helmut Reuter aus Rostock, in dem es hieß: "Um 17.30 Uhr werden die ersten Autos angezündet, während unweit vom Tatort auf der Kundgebungsbühne ein Redner die militante Szene noch mit

klaren Worten aufstachelt: 'Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts.'" Eine Falschmeldung oder direkter ausgedrückt: eine Lüge, das Zitat fiel weder wörtlich noch sinngemäß. Bello hatte auf der Kundgebung um 17.17 Uhr im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg gesagt: "Two years ago [er bezieht sich auf das G8-Treffen in Gleneagles] they said: Do not bring the war into the discussions. Just focus on poverty reduction. Well, we say: We have to bring the war right into this meeting. Because without peace there can be no justice." Und der Übersetzer auf der Bühne hatte es unmittelbar darauf so übersetzt: "Vor zwei Jahren hat es geheißen: Wir sollen den Krieg nicht in die Diskussion mit reinbringen. Wir sollen uns nur auf Armutsbekämpfung konzentrieren. Aber ich sage: Wir müssen den Krieg hier mit reinbringen. Denn ohne Frieden kann es auch keine Armutsbekämpfung geben." Um 21.39 Uhr legte dpa-Korrespondent Marc Herwig nach: "Stundenlang lieferten sich gewalttätige Autonome Straßenschlachten mit der Polizei - angestachelt von den Anfeuerungsrufen tausender Demonstranten, die zunächst friedlich gegen den G8-Gipfel kommende Woche in Heiligendamm protestiert hatten. Einer der Redner forderte über die Lautsprecheranlage sogar zum >Krieg< gegen die Polizei auf." Drei Tage (Dienstag, 12.59 Uhr) brauchte dpa, um den Fehler zu korrigieren. Kaum eine Zeitung, ein Radio- oder Fernsehsender, der die dpa-Lüge nicht übernahm - und kaum einer, der sie anschließend revidierte.

Die Kritik an den Kriegen der G8 interessiert nicht; kaum eine der großen Zeitung berichtete über RednerInnen und Inhalte der Kundgebungen (während - nur nebenbei und als Unterschied zum gefüllten Bundesligastadium - jede gelbe Karte mit Spielernamen und Minute Zeilen füllt). Walden Bello wird das Wort im Munde umgedreht, um die Veranstalter für ein von der Polizeiführung provoziertes Scharmützel verantwortlich zu machen.

In den Folgetagen zeigte sich die Staatsgewalt für deutsche Verhältnisse enthemmt: über 1000 In-Gewahrsamnahmen, Käfige in den Gefangenen-Sammelstellen, brutale Wasserwerfereinsätze mit schwerverletzten Demonstranten, vom Verfassungsgericht abgesegnete Versammlungsverbote, Schnellgerichtsurteile, der Einsatz von agents provocateurs, Tornado-Überwachung von Demonstrantencamps, massenhafte Zurückweisungen an den Grenzen ... Manchem wird's die Augen geöffnet haben, aber es schüchtert selbstverständlich auch ein.

Was kann sonst noch von Rostock/Heiligendamm ausgehen?

Das Veranstalterbündnis hat den "Spaltpilz" vergleichsweise gut in den Griff bekommen hat. Die massenhafte Übertretung von Versammlungsverböten war zum Beispiel auch von attac gewollt und begrüßt - und wenn die Interventionistische Linke nicht jeden fliegenden Stein bejubelt, muss man darin nicht sofort eine Abkehr von Militanz sehen, sondern ein Verantwortungsbewusstsein in einer und



für eine soziale Bewegung. Und der alte jesuitische Haudrauf Heinrich Geissler (jetzt attac) lieferte ja den "versöhnenden" und in Einklang mit der Moral des Black Block stehenden Satz: "Wenn mich einer anfasst, dann schlage ich zurück - und wenn es ein Polizist ist, dann schlage ich zurück."

Wichtig wäre, die in bestimmten Szenen gelungenen Mobilisierung jetzt für einen Politisierungsschub zu nutzen - und das betrifft nicht allein die "Jugendbewegung", sondern auch die in ihren Analysekorsetts unbeweglich gewordenen "old school"-Linken.

Die neue Partei "Die Linke" steht vor ihrer ersten Gebrauchswertprüfung: Sie müsste jetzt ihre Mittel nutzen, um zumindest ein Mal den Abstand zwischen Verfassungsanspruch und der Wirklichkeit hinsichtlich des Polizeieinsatzes greifbar zu machen (das allerdings dürfte schwer sein, solange man in Regierungen sitzt, die für die Berliner "Knüppelgarden" (TSS) ebenso Verantwortung tragen wie für die Rostocker Schnellgerichtsurteile).

Interessanterweise scheint der "Große Vorsitzende" Oskar Lafontaine immerhin einen Begriff von den Aufgaben zu haben, wenn er jetzt das Recht auf Generalstreik proklamiert. Und seine Replik auf Merkels "Gewalt ist kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele" war ja im Ansatz auch nicht schlecht: Angesichts des völkerrechtswidrigen Irak-Kriegs und der NATO-Bombardierungen im Süden Afghanistans solle sie diese Aufforderung doch bitte an Bush, Blair und auch an sich selbst richten.

Fazit: Die Weltenretter-Inszenierung von Merkel & Co. wurde wirksam durchkreuzt. An den tatsächlichen Verhältnissen ändert dies nichts. Deshalb gilt für alle Zumutungen weiterhin, was die Frankfurter Rundschau als Quintessenz des Alternativgipfels zusammenfasste: "Erst einmal NEIN sagen."

Einen ausgezeichneten Medienspiegel (inkl. TV und Freie Radios) gibt es unter badespazs.tk (besser geht kaum!)

Die Abschlusserklärung findet sich unter www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/gipfeldokument-wirtschaft-de,property=publicationFile.pdf (in deutsch)

Die Protesttage haben uns einen neuen Schub an Ideen und Kräften gegeben

Im Anschluss an die Aktionswoche von Rostock/Heiligendamm haben wir mit einem Aktivistin gesprochen, der gemeinsam mit anderen aus der Celler G8-Gruppe vom Camp Wichmannsdorf aus an den Protesten teilgenommen hat.



In welchem Camp wart ihr? Welches Spektrum war in dem Camp vertreten? Wie war die Stimmung?

Die meisten Leute aus Celle campen in Wichmannsdorf, also im Westen von Heiligendamm. In zwei Kilometer Entfernung liegt Kühlungsborn, wo das

Pressezentrum untergebracht war. Das Camp war selbstorganisiert von kleinen Basisgruppen, vor allem von Personen aus dem Wendland. Große Organisationen wie beispielsweise Attac waren nicht vertreten. Auf dem Camp sollten sich möglichst alle beteiligen - es sollte nicht eine Dienstleistung der Orga für Besucher, sondern vielmehr von allen für alle sein. Das Ziel der Camporga, einen Rückzugsraum zur Erholung und zum Kraftschöpfen für neue Aktionen zu schaffen, ist geglückt. Aus diesem Grund war auch das Angebot an abendlichen Konzerten und anderen Belustigungen recht gering, schließlich sollte ja keiner am Schlafen gestört werden, um am nächsten Tag wieder früh auf den Beinen zu sein. Im Gegensatz zu anderen Camps fiel positiv auf, dass wir hier nicht mit Flugblättern einzelner Politgruppen überschwemmt wurden. Hier ging es vielmehr darum, ein gut funktionierendes Camp am Laufen zu halten, statt sich selbst darzustellen. Viele erlebten das Leben im Camp als sehr harten Kontrast zu dem, was sie tagsüber auf den Aktionen an stressigen Erfahrungen machten, sodass sie sich fast in zwei Welten fühlten.

An welchen Aktionen habt Ihr euch beteiligt?

Die erste große Aktion war für die meisten mit Sicherheit die Auftaktdemo am 2. Juni in Rostock. Neben denen, die bereits in den Vortagen angereist sind, fuhr dorthin auch ein Reisebus aus Celle. Diese setzte für viele den ersten Höhepunkt im Protest gegen den G8 Gipfel. Auch wenn sie für diesen Anlass leider viel zu klein war, wurde sie meist als Erfolg gesehen. Die Demo-Orga hat sich viel Mühe gegeben, die Demozüge waren kreativ gestaltet, die Stimmung innerhalb der Demo war gut gelaunt und kraftvoll.

Eine weitere Aktion, an der von uns aus recht geschlossen teilgenommen wurde, war die Demo gegen die herrschende Migrationspolitik am Montag, an der auch viele Migranten beteiligt waren und über ihre Situation berichteten. Es war erschreckend, wie dort Schikane von der Polizei betrieben wurde. Nachdem es bereits im Vorfeld heftige Kontrollen gab, hielten schwerbewaffnete und z.T. verummte Bullen die friedliche und rund 10.000 Menschen umfassende Demo mehr als eine Stunde fest, bevor sie sich losbewegen durfte. Dieses provozierende Verhalten wiederholte sich völlig grundlos während der gesamten Route. Das Ende der Demo wurde gekrönt von der Entscheidung der Einsatzleitung, die Demo nicht durch die Innenstadt laufen zu lassen. Dass sich keiner auf diese Provokation einließ, ist einzig dem besonnen Verhalten der Demonstranten zu verdanken, die Rücksicht auf die Migranten mit ungesichertem Aufenthaltsstatus genommen haben. Diese wären in Auseinandersetzungen mit der Polizei wahrscheinlich die größten Leidtragenden gewesen.

Zudem gab es an den verschiedenen Aktions- und Blockadetagen eine Vielzahl an Aktionen, an denen sich unterschiedlich beteiligt wurde. Es sollte nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Blockade von Heiligendamm über fast den gesamten Zeitraum erfolgreich war - der Veranstaltungsort war ausschließlich über den Luft- und Seeweg zu erreichen. Für diesen Erfolg war vor allem das Zusammenspiel von großen Massenblockaden an den Toren und kleinen Materialblockaden der Zufahrtsstraßen möglich. Diese erschwerten den Transport von Gipfelteilnehmern und Polizeikräften zu den großen Blockaden und verhinderten dort ein zügiges Auflösen dieser Blockaden.

Die Polizeiführung hat die ganze Woche über verkündet, eine De-Eskalationsstrategie zu fahren. Wie sah das vor Ort tatsächlich aus?

Das eigentlich nicht hinzunehmende Verhalten der Polizei auf der Migrationsdemo habe ich ja schon erwähnt. Das war aber nur ein kleiner Ausschnitt aus der sogenannten De-Eskalationstaktik der Polizei. Die ganze Woche war durchzogen von Einschüchterungen und Einschränkungen der Demonstrations- und Menschenrechte, die alle Protestler unter Terrorverdacht stellten. Dieses Vorgehen fordert eine direkte

Antwort - die mit Sicherheit zur Eskalation beitragen würde - ja geradezu heraus. Für uns begann die Ankunft in Landkreis Bad Doberan sofort mit einer Durchsuchung des Autos und Kontrolle der Personalien. Es ist doch eine sehr bedrückende Situation, wenn mensch sich zu fünft von 12 schwer gepanzerten Polizisten mit Hand an der Knarre durchsuchen lassen muss. Dies ging so weit, dass jeder einzelne Socken aus dem Rucksack geholt und abgetastet wurde und das Auto halb auseinandergenommen wurde. Als die Beamten fertig waren und unsere Berge an ausgeräumten Klamotten vor dem Auto lagen, wurden wir noch aufgefordert, doch sofort die Straße freizuräumen, schließlich würden wir so den Verkehr behindern. Das Gefühl, was da bei den Betroffenen hängen bleibt, ist wohl innere Wut, vor allem wenn mensch feststellt, dass sich diese Prozedur täglich mehrfach wiederholen kann. Bestimmt ein großer Schritt zur Deeskalation.

Dass es am Samstag am Ende der Großdemo zu Auseinandersetzungen kam, war für die Polizei mit Sicherheit nicht überraschend, sondern vielmehr an diesem Ort eingepplant. Es war zu beobachten, dass sich die Polizei für deutsche Verhältnisse der letzten Jahre auffallend stark zurückhielt. Erst am Abschlusskundgebungsort, wo sie mit Wasserwerfern und Räumpanzern bereitstanden, zeigten sie überdeutlich ihre Präsenz und Waffengewalt. Dass es da von einigen Demonstranten die Bereitschaft gegeben hat, sich zur Wehr zu setzen, nachdem die Demo von der Polizei angegriffen wurde, muss gar nicht bestritten werden. Wäre die Polizei vor Ort nicht so eskalierend vorgegangen, wäre es zu den bekannten Bildern aus Rostock wohl auch nicht gekommen. Außerdem ist fragwürdig, ob es deeskalierend wirkt, wenn eine Lüge von einem lebensgefährlich verletzten Polizisten verbreitet wird. Auch wenn ich kein Psychologe bin, glaube ich nicht, dass das die Polizisten sanftmütig macht. Dass diese Nachricht einige Tage später dementiert wurde, bekam dann eh kaum jemand mehr mit.

Es war jedoch auch zu beobachten, dass sich die Polizei bei der Massenblockade am Osttor recht ruhig verhielt, schließlich war dort auch der Hauptteil der Journalisten vertreten. Zeitgleich wurden aber an anderen Stellen gegen Demonstranten ziemlich willkürlich brutal vorgegangen. So wurde beispielsweise einem Protestler an einer Straßenblockade an der Westseite des Zauns mit einem Wasserwerfer so heftig ins Auge geschossen, dass er damit voraussichtlich nicht mehr sehen kann.

Etliche Leute von euch sind von der Polizei In-Gewahrsam genommen worden. Erzähl mal, wie es dazu gekommen ist und was Ihr in der Gefangenen-Sammelstelle (Gesa) erlebt habt?

Für den Großteil unserer Leute, die betroffen waren, kam es dazu auf der Anreise zu den Protesten an dem Militärflughafen Laage, wo die Gipfelteilnehmer landeten. Den Personen wurde vorgeworfen, sie hätten sich an einer Blockade der Autobahn beteiligt. Daraufhin wurden sie mitten in der Mittagssonne für mehrere Stunden mit Kabelbindern gefesselt festgehalten. Danach wurden sie in Gefangentransportern in die Gesa gebracht, wo sie massen-

weise in kleinen Drahtkäfigen untergebracht waren.

Ihnen wurde teilweise verweigert auf Toilette zu gehen, das Essen, was sie innerhalb der meist 15-18 Stunden anhaltenden Haft bekamen, war äußerst dürftig: Es bestand aus zwei hauchdünnen Scheiben Brot, durch die mensch durchgucken konnte und einem salzigen Stück Käse. Auch Trinken wurde nur nach vehementem Fragen gegeben. Alles, was die Gefangenen bekamen, wurde feinsäuberlich aufgeschrieben. Unter diesen menschenunwürdigen Verhältnissen, die die Personen dort erfuhren, fühlten sich viele eher wie Tiere behandelt. Kaum einer der Eingesperrten sah je den Haftrichter, weshalb der Großteil der Ingewahrsamnahmen unrechtmäßig war. Ein Mädchen saß schon mehrere Tage in der Gesa in der Industriestraße, die Beamten hatten sie vergessen und wahrscheinlich nur noch ihre Nummer statt ihren Namen im Kopf, sonst wäre ihnen mit Sicherheit früher aufgefallen, dass sie schon als vermisst gemeldet war und die Polizei sie suchte.

Der mediale Hype hat sich auf die so genannte Gewaltfrage fokussiert. Wie ist das im Camp diskutiert worden?

Dass die Darstellung der Mainstream-Presse völlig an der Realität vorbei ging, war allen im Camp bewusst. Auch das die Verurteilung der Gewalt von Seiten der Machelite nicht ernstzunehmen ist, war zumeist klar. Wer mithilft, ein System am Laufen zu halten, das nur durch ständige Ausübung von psychischer und physischer Gewalt von oben existiert, und womöglich auch noch gerade über die nächsten Kriege und weiteren Maßnahmen zum Sozialabbau diskutiert, sollte sich nicht anmaßen, die Geschehnisse von Rostock zu kritisieren. Bei den Entwicklungen, die hier in den letzten Jahren stattgefunden haben, ist es vielmehr erstaunlich, dass sich die Menschen nicht noch häufiger mit Gewalt gegen die herrschenden Zustände zur Wehr setzen.

Es gab aber auch im Camp Diskussionen über Gewalt. Diese kamen vor allem dadurch auf, dass bei den Auseinandersetzungen in Rostock auch Demonstranten durch Flaschen- oder Steinwürfe aus den hinteren Reihen verletzt wurden. Es war klar, dass solch ein verantwortungsloses



Verhalten nicht hinnehmbar ist. Außerdem wurde darüber diskutiert, ob durch die Gewalt nicht auch Personen in Gefahr gebracht wurden, die nicht mit Polizeigewalt in Kontakt gebracht werden wollten. Trotzdem war im Camp ein Konsens zu vernehmen, welcher nicht die Art der Protestform, militant oder friedlich, in den Vordergrund stellte, sondern sich eher über die Sinnigkeit der einzelnen Aktionen definierte.

Zweck der ganzen Aktivitäten war ja, aufzuzeigen, dass die G8 nicht Teil der Lösung sondern Teil der Problems sind. Was ist da erreicht worden?

Auch wenn die Presse vor allem in den ersten Tagen versucht hat, durch sehr überzogene Darstellungen und Diskussionen über Gewalt von den Inhalten der G8 Proteste abzulenken, ist es meiner Meinung nach gelungen, Kritik nach außen zu tragen. Diese Kritik stellte auch meist die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse inklusive den G8 in Frage und bettelte nicht nach einem netteren Handeln der G8, damit alles wieder gut wird. Ich denke, dass gerade die, die an den Protesten teilgenommen haben, erkannt haben, dass die G8 nie vorhaben, die herrschenden Probleme zu lösen und als verantwortungsbewusste Vorbilder Verbesserungen auf der ganzen



Welt erreichen zu wollen, so wie sie es selbst darstellten. Die Protestierenden erfuhren Einschnitte der Grundrechte, die nicht mal mehr ins bürgerliche Verständnis von Demokratie passen. Wie weit eine Vermittlung der G8 als Teil des Problems an die Bevölkerung gelungen ist, lässt sich nur schwer beurteilen; es ist mir leider nicht möglich, in die Köpfe der Menschen zu schauen. Ich denke aber schon, dass die Proteste Erfolge erzielt haben.

Meinst Du, dass nach Rostock/Heiligendamm internationalistische Themen in der deutschen Linken an Gewicht gewinnen werden?

Dies ist zumindest meine Hoffnung. Der G8 Gipfel bot die Möglichkeit zu erkennen, dass es wichtig ist, sich international mit dem Problem des Kapitalismus zu beschäftigen. Schon die Vorbereitung auf den Gipfel haben eine gewisse Verschiebung der Themen bewirkt. Die Protesttage und der Austausch, der in Rostock/Heiligendamm stattgefunden hat, haben uns einen neuen Schub an Ideen und Kräften für weitere politische Arbeit gegeben. Ich hoffe, dass es deshalb auch einen Zuwachs an Arbeit mit Themen gibt, die ausnahmsweise mal nicht die Linke selbst oder Nazis sind. Doch leider musste ich mich in den Wochen nach Heiligendamm schon wieder des schlechteren belehren lassen und feststellen, dass es zumindest in Teilen der Szenelinken auch trotz des G8-Protests Entwicklungen gibt, die äußerst besorgniserregend sind. Aber hoffen will ich trotzdem weiter!

Schlagabtausch

In der Cellesche Zeitung vom 23.05.2007 schrieb Michael Regehly einen Kommentar zum bevorstehenden G8-Gipfel. Die "Berliner Zeitung" nahm dies am 14.06.2007 zum Anlass für eine Glosse. Wir dokumentieren.

Gipfeltreffen von Heiligendamm Gewalt verhindern

Eine Meldung im Vorfeld des G8-Gipfels von Heiligendamm lässt Schlimmes befürchten: Die Universitätsklinik im benachbarten Rostock hat zu Blutspenden aufgerufen, weil sie mit gewalttätigen Auseinandersetzungen während des Gipfeltreffens rechnet. Wer sich die militanten Aufrufe im Internet und auf diversen Flugblättern oder Plakaten anschaut, wird diese Sorge nicht für unbegründet halten.

Schon Wochen vor dem Gipfeltreffen gibt es fast täglich Anschläge auf Häuser oder Autos von Managern, Politikern und Journalisten. Der Zusammenhang mit Heiligendamm ist offensichtlich oder wird in sogenannten "Bekennerschreiben"

sogar ausdrücklich hergestellt. Die Erfahrungen aus der neueren deutschen Geschichte - vom Nationalsozialismus bis zur RAF - lehren aber, dass Gewalt gegen Sachen stets nur eine Vorstufe zur Gewalt gegen Menschen ist. Dabei ist nicht nur das Werfen von Brandsätzen eine Form der Gewalt, sondern auch die - von einigen "friedlichen" Demonstranten angekündigte - Blockade von Gebäuden oder Zufahrten. Eine solche Blockade erfüllt klar den Straftatbestand der Nötigung, weil sie andere Menschen gezielt in ihrer Bewegungsfreiheit einschränkt.

"Gewalttätige Gegner sind eine Beleidigung der Armen, der Kranken und der Hungernden", sagt der prominente Pop-Sänger und Afrika-Aktivist Bob Geldof. Recht hat er. Doch leider sind den Krawall-Touristen die Menschen in der Dritten Welt egal. Sie nutzen jede sich bietende Gelegenheit, um den demokratischen Rechtsstaat und die Polizisten, die ihn schützen sollen, zu attackieren. Deshalb müssen die friedlichen Teilnehmer an den Demonstrationen allen Gewalttätern entschieden entgegenreten. Dann sind auch Blutspenden zum Gipfeltreffen von Heiligendamm überflüssig.

Michael Regehly

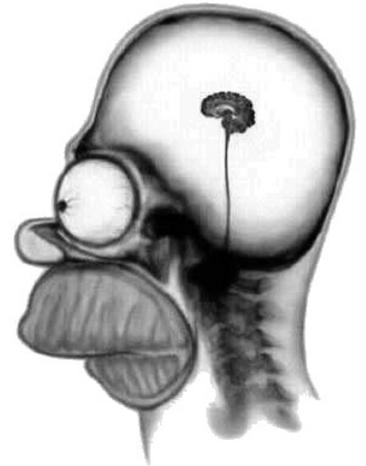
Glosse - Celler Antifa

Den Anfang machte der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder: Den 27-Jährigen "erinnerten" die Proteste gegen das G8-Treffen in Heiligendamm an die "Frühzeit des RAF-Terrorismus". Das klang erstmal lediglich ulkig. Doch zum Abschluss des G8-Gipfels legte die 57-jährige FAZ noch einmal nach: "Man sollte es in Deutschland wissen: Auf die ‚Gewalt gegen Sachen‘ folgt die ‚Gewalt gegen Personen‘, das heißt: der politisch motivierte Mord." Die Parallele G8-Proteste/Rote Armee Fraktion war der Celleschen Zeitung noch nicht genug: "Gewalt gegen Sachen", wozu man in Celle auch die Blockade von Zufahrten zählt, sei "stets nur eine Vorstufe zur Gewalt gegen Menschen", das lehrten "die Erfahrungen aus der neueren deutschen Geschichte - vom Nationalsozialismus bis zur RAF". Der Celler Dreischritt Sitzblockade-RAF-Nationalsozialismus ist gelungen. So gesehen war der Tornado-Tiefflug über das Camp der Gipfelgegner - wie die Tiefflüge über Afghanistan - ein Akt

des Antiterrorismus; und der Zaun rund um Heiligendamm nichts weniger als ein antifaschistischer Schutzwall.

Stephan Kaufmann

Kleine Rechtskunde als Nachtrag: Für verfassungswidrig erklärte 1995 das Bundesverfassungsgericht (BVerfG 10.01.1995 - 1 BvR 718/89) die Ausweitung des Nötigungs-Straftatbestands auf Sitzblockaden: "Der Gewaltbegriff des § 240 StGB darf nicht angewendet werden auf gewaltfreie Sitzblockaden, die durch die rein körperliche Anwesenheit von Personen gebildet werden." D.h.: keine Straftat.



Mehr als 1000 BesucherInnen in Celle

Global Fair

"Global fair" stand auf der einen Seite des Großraum-Trucks - "Eine andere Welt ist möglich" auf der anderen, der in der zweiten Maiwoche zunächst auf dem Parkplatz des Hermann-Billing-Gymnasiums und dann auf dem Brandplatz stand. Über 1000 Menschen nutzten dieses Ausstellungsangebot des Celler Weltladens.

In dem 18 Meter langen Truck ist eine Ausstellung untergebracht, die die Auswirkungen kapitalistischer Globalisierung für die Menschen in den Ländern des Südens zum Thema hat. Exemplarisch wird an den Produkten Kaffee, Orangen und Kakao dargestellt, auf wessen Kosten und Knochen hier verdient und genossen wird. In sechs so genannten Erlebnisräumen konnten die BesucherInnen dem Weg der drei Produkte vom Anbau bis zur Vermarktung folgen. Als Alternative wird auf den Fairen Handel verwiesen. Die Konzeption richtet sich besonders an SchülerInnen. Sie konnten sich über Kopfhörer hörspielartige Dialoge von Produzenten im Süden und Verbrauchern anhören, die in den einzelnen Räumen durch Schautafeln und Videos ergänzt sind.

Die Stärke der Ausstellung liegt darin, komplexe Zusammenhänge in der Reduktion auf das Verhältnis von Produzent und Verbraucher transparenter zu machen und die BesucherInnen in ihrer Rolle als Verbraucher anzusprechen.

Die daraus resultierende "Schwäche" liegt auf der Hand: Die eigentlichen Profiteure des ausbeuterischen Welthandels kommen kaum in den Blick und auch die politischen und ökonomischen Strukturen und Verhältnisse, die die Basis des "unfairen" Handels liefern, werden nicht thematisiert.

Der Gang durch die Ausstellung beginnt und endet in einem Spiegelraum. An allen acht Seiten und von der Decke sehen sich die BesucherInnen; signalisiert wird, es komme auf sie oder ihn an: "Eine andere Welt ist möglich - du gestaltest sie mit!" "Du hast nicht alles in der Hand - aber einige wichtige Schritte kannst du tun. Sag nicht sie seien unbedeutend." Als Verbraucher sind die BesucherInnen in der Tat auf ihre individuelle "Ethik" verwiesen; es ist deshalb zu hoffen, dass sich Besuche im Weltladen in der Zöllnerstraße 29 anschließen (<http://weltdaden-celle.de/>).

Wer die Ausstellung in Celle versäumt hat oder etwas nachlesen will, findet sie virtuell unter <http://www.global-fair.de/> im Internet oder kann sich eine Info-Schrift unter http://www.24zwoelf.de/img/print/pdf/gf_zeitung.pdf downloaden. Der Truck selbst ist dann auch auf dem MASA-LA Weltmarkt 13. bis 15. Juli 2007 beim Pavillon Hannover vertreten (<http://www.masala-festival.de>)

“Die Leute haben das Recht, den Regierenden zu zeigen, womit sie nicht einverstanden sind. Und zwar dadurch, dass sie demonstrieren. (...) Wenn mich einer anfasst, dann schlage ich zurück - und wenn es ein Polizist ist, dann schlage ich zurück. Wenn ich demonstriere, dann übe ich ein Grundrecht aus, dann lasse ich mich nicht anfassen - von niemandem.“

Zitat vom ehemaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler aus der PHOENIX-Sendung „Im Dialog“ vom 01. Juni 2007

Freiheit statt Freibier

Auf Einladung des Rosa Luxemburg Clubs war zuletzt Edward Viesel, Autor des Buches "Freiheit statt Freibier" in Celle um zu Geschichte und Praxis der freien digitalen Welt zu referieren. Wir haben im Anschluss an die Veranstaltung die Gelegenheit genutzt, dem in Mannheim lebenden Publizisten einige Fragen zu stellen.



Der Titel deines Buches bezieht sich auf einen Kernsatz des "Chef"-Theoretikers der Freien-Software-Bewegung Richard Stallman. Was drückt sich darin aus?

Wenn ich für die Nutzung von Freier Software Werbung

mache, erwidern viele Menschen, dass sie bereits "freie" Software nutzen: Sie hätten sich aus dem Internet oder von der CD einer Computerzeitschrift ein kostenloses Programm auf den Rechner gespielt. Das "frei" in "Freie Software" meint jedoch nicht, dass man für ein Programm nichts bezahlt. Freiheit im Sinne der Bewegung für Freie Software lässt sich an den Bedingungen messen, unter denen du die Software zur Nutzung überlassen bekommst. Der Test für dieses Kriterium ist die Lizenzvereinbarung, die jeder Mensch normalerweise bei der Installation eines Programms ungelesen akzeptiert und einfach wegklickt. Die Gnu General Public License, kurz GPL, gibt beispielsweise dem Nutzer die Freiheit zur Veränderung und zur unbeschränkten Weitergabe der Software. Unfreie Lizenzen dagegen sind viel restriktiver und verbieten beispielsweise die kommerzielle Nutzung. Ich kann mir also ein tolles Programm herunterladen und zuhause privat nutzen; sobald ich dieses auf meinem Freiberufler-Laptop nutze, begehe ich schon einen Rechtsbruch. Deshalb lautet der Kerngedanke von Richard Stallman: Bei Freier Software soll man eher an "freie Meinungsäußerung" als an "Freibier" denken. Auf Französisch wird dieser Gegensatz übrigens durch den Begriff "libre logiciel" kenntlich gemacht, weil "libre" im Wesentlichen "frei, ungehindert, ungebunden" und eben nicht "kostenlos" bedeutet.

Stallman wirkt auf Fotos wie ein Hippie, womit sich leicht das Stereotyp eines subkulturellen Individualismus verbindet. Wenn ich dich richtig verstanden habe, versucht er aber nachdringlich einer - wenn man so will - politischen Bewegung nicht nur ein philosophisches, sondern auch ein formales Fundament zu geben. Worum handelt es sich bei dem GNU-Projekt von Stallman?

Das Gnu-Projekt selbst koordiniert die Entwicklung von Software. Gnu-Software besteht zum großen Teil aus Programmierwerkzeugen, aber auch das beliebte Bildbearbeitungsprogramm Gimp ist offiziell ein Teil des Projekts (das "G" steht für Gnu). Politisch bedeutsamer ist jedoch die Free Software Foundation mit Sitz in Boston, dessen Präsident Stallman seit 1985 ist. Dies ist eine gemeinnützige Stiftung, die auch vehement politisch agitiert. Die FSF betreut außerdem die Weiterentwicklung der Gnu General Public License und anderer freier Lizenzen und ist zudem der Hauptsponsor des Gnu-Softwareprojektes. Das politische Engagement ist jedoch weniger mit dem Eintreten für einen breit gefassten neuen Gesellschaftsentwurf verbunden. Die Leute der Free Software Foundation kommen eher aus der Welt des Computers; sie sind nicht primär politische Aktivisten im Sinne einer sozialen oder gesellschaftlichen Bewegung. Stallman wird allerdings beispielsweise im Juli an der Universität von Maracaibo in Venezuela, der größten Universität des Landes, eine Vortragsserie mit dem Titel "El Software Libre" halten. Ich denke das Bild des langhaarigen Hippies, der immer nur in seiner Kommune oder WG rumhängt, Platten von Frank Zappa hört und keinerlei politische Verbindlichkeit an den Tag legt, hängt stark mit einer aus Deutschland oder Europa stammenden Wahrnehmung zusammen, wo "Hippie" ein Importprodukt war. Stallman war 1968 fünfzehn Jahre alt. In den sechziger und siebziger Jahren waren die engagiertesten und ernsthaftesten politischen Aktivisten in den USA eben genau die Leute mit den langen Haaren, dem Rauschebart und den seltsamen Klamotten. Stallman steht in einer recht langen Tradition.

"Geistiges Eigentum" steht jetzt auch auf der Tagesordnung der G8-Konferenz in Heiligendamm. Die digitale Welt eröffnet ja viele Wege, die Verwertung "geistiger Eigentumsrechte" auszuhebeln. Das Musikbusiness ist ja nur eine Branche, deren Gewinne durch Tauschbörsen zurückgehen. Auf vielen Ebenen wird deshalb über Lizenzbestimmungen, Urheberrecht und Kopierschutz diskutiert. "Copyleft" und "Creative Commons" weisen hier eine andere Richtung. Kannst du kurz erläutern, worum es dabei geht?

Der Begriff "copyleft" ist an den Begriff "copyright", zu Deutsch "Urheberrecht", angelehnt. Man könnte Copyleft auch mit "Urheberlinks" übersetzen. Das Copyleft möchte das

Urheberrecht sozusagen auf den Kopf stellen, "links machen" wie eine Hose oder einen Pullover. Statt die Nutzung eines geistigen Werkes einzuschränken, will es gerade dessen freie Nutzung garantieren. Stallman hat dieses Prinzip 1986 erfunden und gemeint, er wolle damit "das rechtliche Fundament für eine neue Gesellschaft auf dem bestehenden Rechtssystem aufbauen". Wesentlich ist daran: Software oder sonstige geistige Werke mit Copyleft sind nicht gemeinfrei! Sie sind urheberrechtlich geschützt! Solange man jedoch die freie Nutzung und Weiterverbreitung garantiert, kann man diese Produkte meist uneingeschränkt nutzen und sogar verändern.

Die Lizenzen des Projektes "Creative Commons" aus San Francisco sind insbesondere auf künstlerische Werke wie Musik oder Literatur ausgerichtet und funktionieren nach dem Copyleft-Prinzip. Sie sind jedoch häufig etwas restriktiver als Softwarelizenzen und verbieten teilweise die kommerzielle Nutzung eines Werks oder dessen Veränderung. Ein Buch oder ein Foto ist eben etwas anderes als ein Softwareprogramm.

Ein Kapitel in deinem Buch widmet sich auch so genannten "kollaborativen Projekten" oder "Wissensallmenden". Was kann man sich darunter vorstellen?

Die ersten großen kollaborativen Projekte im Internet waren Projekte zur Softwareentwicklung. Das berühmteste ist sicher die Entwicklung des Linux-Kerns, der Basis des Linux-Betriebssystems. Das Prinzip, dass viele Menschen einen kleinen Beitrag leisten und dass daraus ohne allzu große zentrale Kontrolle und mit wenig Aufwand ein funktionierendes großes Ganzes entsteht, wurde dann auf Texte übertragen. Das bekannteste Beispiel ist sicher die Online-Enzyklopädie "Wikipedia". Ein solches Werk mit Millionen von Einzelbeiträgen könnte mit traditionellen Methoden gar nicht entstehen, oder es wäre unglaublich teuer. Dadurch, dass der Erstellungsprozess dezentralisiert ist und dem einzelnen Mitarbeiter ein recht großer Freiraum eingeräumt wird, kann überhaupt erst soviel in so kurzer Zeit geschaffen werden.

Der Begriff "Allmende" bezeichnet das Weideland eines Dorfes, das sich im Kollektivbesitz befindet. Jedes Gemeindemitglied kann dort seine Tiere weiden, solange die Weide nicht "überweidet" wird. Im Alpenraum gibt es wohl noch solche Allmenden. Dieses Prinzip wird bei dem Konzept der "Wissensallmende" auf die Nutzung geistiger Werke, also auf Bücher, Filme oder Musik, übertragen. Da die Duplizierung dieser Werke im digitalen Umfeld prak-



tisch kostenlos ist, besteht ja keine Gefahr der "Überweidung". Sämtliches "Wissen" der Welt (womit auch Fotos, Kunstwerke, Filme etc. gemeint sind) könnte also jedem Menschen kostenlos zur Verfügung stehen. Allerdings stellt sich dann die Frage, wovon die Erzeuger solchen Wissens leben sollen, wenn beispielsweise ihre Texte oder Musik nicht mehr als greifbare Werke (Platte, Buch, Poster etc.) verkauft werden. Derzeit sind ja Künstler oder Autoren über ihre Verlage und Plattenfirmen an einem ganz normalen Handelsgeschäft beteiligt. Im Supermarkt steht die Musik-CD neben dem Waschmittel und das Buch neben den Zigaretten. Ich würde für eine Art neues Mäzenatentum plädieren, bei dem also die geistige Tätigkeit selbst bezahlt wird, nicht das dadurch entstandene handelbare Gut oder die Ware.



In deinen Veranstaltungen wirbst du immer für den Umstieg auf Linux, und im Buch versuchst du, mit praktischen Tipps "Schwellenängste" zu nehmen. Warum ist es wichtig, sich von Microsoft-Produkten abzuwenden?

Weil man sich von dem vielen Geld was schöneres kaufen kann. Jeder, der einen Computer mit vorinstalliertem Windows-Betriebssystem kauft, zahlt mindestens 100 Euro Lizenzgebühren an Microsoft. Viele Menschen denken, die Windows-CD sei eine Art kostenlose Dreingabe. Weit gefehlt: Bill Gates ist nicht umsonst der reichste Mann der Welt.

Microsoft hat zudem in vielen Bereichen die Kontrolle über die Grundlage unserer Informationen. Dies betrifft insbesondere Dateiformate wie das Text-Format .doc, aber auch Videoformate und ähnliches. Durch diese Kontrolle schafft sich Microsoft ein Monopol, und Monopole bringen immer Probleme mit sich. Ein Beispiel: Das deutsche Außenministerium hat komplett auf Linux umgestellt und damit Milliarden von Euro gespart. Da jedoch die technischen Grundlagen des Textformats .doc von Microsoft geheim gehalten werden, werden komplexe Dokumente mit Grafiken und Tabellen in anderen Programmen, wie beispielsweise OpenOffice, nicht ganz korrekt dargestellt. Das Außenministerium hat deshalb für diesen Fall in jeder Abteilung einen eigenen Laptop mit Microsoft Word drauf. Der Laptop ist nur zu diesem Zweck da. Das Microsoft-Monopol ist, wie man an diesem Beispiel sieht, auch einfach nervend. Es schafft überall Probleme und stiehlt einem Zeit und Geld. Und das Monopol besteht, weil alle mitmachen. Wenn alle auf offene Formate wie "Open Document Format" umsteigen (das geht mittlerweile auch mit Microsoft Word), dann ist das Monopol futsch.

Edward Viesel: Freiheit statt Freibier. Geschichte und Praxis der freien digitalen Welt - mit einer Einführung in Linux. Unrast-Verlag (ISBN 3-89771-450-7), 280 S., 16 Euro.

Die Proteste gegen das "Stahlhelm"-Bundestreffen in Celle 1983

Seit über 20 Jahren ist Antifaschismus das präsenteste Thema neuer sozialer Bewegungen in Celle; über die Jahre gesehen sind die unterschiedlichen AntiFa-Gruppen einer der wichtigsten Orte "linker" politischer Sozialisation geworden. Die Proteste gegen das Bundestreffen des "Stahlhelm - Kampfband für Europas" im Juni 1983 markierten dabei den Beginn einer auf lokaler Ebene intensiven Auseinandersetzung mit neuen und alten Nazis.

In den 1960er und auch noch in den 1970er Jahren wäre die Bundestagung einer rechtsextremistischen Organisation wie des "Stahlhelm" wahrscheinlich überall in der Bundesrepublik ohne größere Proteste über die Bühne gegangen. (Ausnahme war ein 1955 in Goslar stattfindendes Treffen des "Stahlhelm", bei dem es zu Protesten und anschließenden Prozessen gegen einige der protestierenden AntifaschistInnen kam.) Die Treffen so genannter Traditionsverbände gehörten - ungeachtet ihrer ideologischen Nähe zum Nationalsozialismus - zum tolerierten postfaschistischen Alltag der Bundesrepublik. Zwar gab es immer wieder Proteste gegen die NPD. So hatte am 16. Juni 1979 in Frankfurt das erste Rock gegen Rechts-Festival als Antwort auf ein "Deutschlandtreffen" der Partei stattgefunden, wobei sich 40.000 Menschen auch über ein Demonstrationsverbot hinwegsetzten und gegen Nazis auf die Straße gingen. Für den 1951 wiedergegründeten "Stahlhelm" war es dann aber doch überraschend, sich gerade in Celle intensiv und mit überregionalem Wellenschlag der Kritik ausgesetzt zu sehen.

Über Kontakte zur SPD-Ratsfraktion war der Redaktion

der Alternativzeitschrift "Celler Zündel" (1981-1986) im April zu Ohren gekommen, dass die Stadtverwaltung die Städtische Union vom 16. - 18. Juni an den "Stahlhelm" vergeben hatte oder wollte. Da zum 50. Jahrestag der "Machtübernahme" durch die NSDAP eine Reihe von Veranstaltungen stattgefunden und die Redaktion ein Sonderheft zu diesem Jahrestag herausgebracht hatte, klingelten beim Namen "Stahlhelm" zunächst mal alle Alarmglocken. Im Mai-Heft wurde über die beabsichtigte Tagung berichtet, wobei der Artikel gewisse Einordnungsprobleme offenbart. Eine breite antifaschistische Recherchearbeit, wie sie sich heute in diversen Handbüchern zum Rechtsextremismus dokumentiert, gab es noch nicht. So bezieht sich der Artikel zum einen auf die Rolle des "Stahlhelm" der Weimarer Republik, der als Teil der so genannten "Harzburger Front" aus NSDAP, Deutsch-Nationaler Volkspartei und eben "Stahlhelm" entscheidend zum Aufstieg der Hitlerpartei beigetragen hatte. Der "neue" Stahlhelm stelle sich, so die Argumentation, unzweifelhaft in diese Tradition. Zum anderen wurde auf die personellen Verbindungen führender Stahlhelm-Funktionäre zur DVU des Verlegers der "Deutschen National-Zeitung", Gerhard Frey, verwiesen. (Zündel 05-83, S. 8-9.)

Bei einem Bündnistreffen, zu dem die Celler Friedensinitiative noch Ende April eingeladen hatte, wurde beschlossen, mit Veranstaltungen und einer Demonstration auf die "Stahlhelm-Bundestagung" in Celle zu reagieren. Das Bündnis umfasste schließlich neben dem DGB und den Parteien SPD, Grüne, DKP auch alle Initiativen aus dem Spektrum der neuen sozialen Bewegungen. Der DGB-Kreis Celle und andere Organisationen appellierten in Schreiben an die Stadt Celle, das Treffen zu verhindern. (CZ, 05.04.1983)

Doch der seinerzeitige Oberstadtdirektor, Ulrich von Witten (1977-1989), wie auch Oberbürgermeister Helmuth Hörstmann (1973-1986) und die CDU-Fraktion sahen hierzu keine Veranlassung. Im Gegenteil: Es wurde bekannt, dass die Vergabe der Räume mit von Wittens Wissen und Genehmigung zustande gekommen war und dass der oberste Repräsentant der Stadt beabsichtigte, ein Grußwort zu spre-

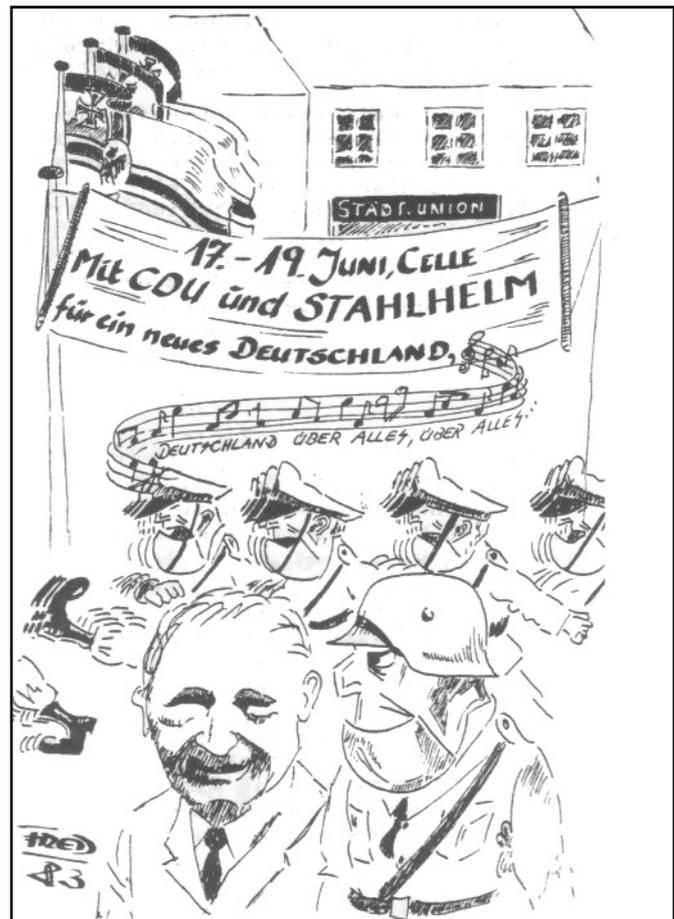


chen. Diese "politische Instinktlosigkeit" - so SPD-Fraktionschef Klaus Meier - machte die Angelegenheit dann aber auch für überregionale Medien interessant.

Im Verwaltungsausschuss des Stadtrats lehnten Mitte Mai die Mitglieder von CDU, FDP und Wählergemeinschaft mit acht gegen drei Stimmen einen Antrag der SPD-Fraktion ab, der sich gegen eine Vergabe der Räume an den "Stahlhelm" wandte. Zur Begründung wurde angeführt, dass beim Niedersächsischen Innenministerium keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Organisation vorlägen. Nach Klärung der Frage der Verfassungsmäßigkeit sei es im übrigen geradezu die Pflicht des Gastgebers, Grußworte zu sprechen und die Gäste willkommen zu heißen. (CZ, 18.05.1983)

Auf den Leserbriefspalten der Celleschen Zeitung schloss sich in den nächsten Wochen eine kontroverse Diskussion an, die insbesondere die Motive der "Stahlhelm"-Befürworter enthüllte. Der ehemalige Oberkreisdirektor (und "Ritterkreuzträger", was der breiten Öffentlichkeit seinerzeit aber nicht bekannt war) Axel Bruns stellte dem historischen "Stahlhelm" einen Persilschein aus, indem er u.a. darauf verwies, dass der neben Franz Seldte zweite Bundesführer Theodor Dusterberg dem Nationalsozialismus ablehnend gegenübergestanden habe. (Dass mit Seldte ein getreuer Diener des Führers 1951 den "Stahlhelm" wieder aus der Taufe hob, erwähnte Bruns selbstverständlich nicht.) Interessant ist ein Satz, der die "Erlebnisgeneration" mit einer besonderen Aura auszustatten sucht: "Es werden sich sicher in Celle noch genügend Bürger finden, die die damalige Zeit hier erlebt und nicht nur durch eine >rosarote Brille< gesehen haben." (CZ, 14.05.1983) Mit Dr. L. Klatt (einem notorischen Leserbriefschreiber jener Zeit) meldete sich sogleich auch ein "damaliger Angehöriger des Wehrstahlhelms" zu Wort: "Die Verbindung, die die Kritiker dieses Treffens mit dem Nationalsozialismus herbeizureden versuchen, ist gerade der Maßstab, der alle geschichtlichen Zusammenhänge ignoriert und das nach der Umerziehung geschaffene Bild des Deutschen auf die damalige Zeit anwendet. Dabei wird völlig übersehen, daß der aus dem Fronterlebnis der Kameradschaft geborene Stahlhelm maßgeblich an der Überwindung der Klassengegensätze beteiligt war und vorbildlich an einer Volksgemeinschaft arbeitete, der wir heute mehr denn je bedürfen." (CZ, 20.05.1982) Die "Ehre" seines Vaters wollte ein anderer, uns heute noch beegnender Leserbriefschreiber, nämlich Hans-Erich Freiherr v. Bodenhausen, verteidigen: "Die Grundidee des Stahlhelmers war mit der des Nationalsozialisten nicht übereinstimmend." (CZ, 28.05.1983) Ein anderer "von", nämlich Werner Graf von Bernstorff ergänzte: "Einen Antisemitismus nationalsozialistischer Prägung hat es im >Stahlhelm< nicht gegeben, nach arischer Abstammung wurde bei der Mitgliedschaft nicht gefragt." (CZ, 08.06.1983)

Es ist verblüffend, wie diese "Erlebnisgeneration" in plumper Weise historische Tatbestände leugnet, wie etwa die Einführung eines Arierparagraphen in die Satzung des "Stahlhelm" im März 1924. Auf der historischen Ebene gab es von anderen Leserbriefschreibern wie etwa dem SPD-Landtagsabgeordneten Fritz Riege oder Dirk Leune vom GEW-Vorstand faktenreiche Gendarstellungen. Letzterer



Natürlich Herr OB, auch wir marschieren für die geistig-moralische Wende!

Karikatur aus dem Celler Zündel; der Satz: "Natürlich, Herr OB, auch wir marschieren für die geistig-moralische Wende" bezieht sich auf die Regierungserklärung Kohls nach seiner Wiederwahl 1983.

zitiert aus einem Buch "15 Jahre Stahlhelm in Niedersachsen" (Lüchow 1936): "24. Februar 1924: Die Ortsgruppe Celle schickt ein Unterstützungstelegramm an General Ludendorf, der wegen Beteiligung am Münchener Hitler-Putsch vor Gericht steht. - 16. März 1934: Eine >Stahlhelm<-Gauführertagung beschließt in Magdeburg den Ausschluß aller Juden. 1931: Eine Wahlveranstaltung des NS-Gauleiters Telschow in Wietze wird vom >Stahlhelm< abgeschirmt und geschützt. - 1. Mai 1931: In Wietze werden von Stahlhelmmännern zwei Hakenkreuzfahnen gehißt. ... Es könnte noch mehr beschrieben und detaillierter zitiert werden, doch schon diese fünf Punkte lassen erkennen, daß der >Stahlhelm< aktiv antisemitisch war, die Zusammenarbeit mit Nationalsozialisten vor und nach dem 30. Januar 1933 suchte und der Weimarer Verfassung feindlich gegenüberstand." (CZ, 28.05.1983)

Einen nicht unerheblichen Stellenwert in der öffentlichen Auseinandersetzung gewann eine parlamentarische Anfrage des frisch gewählten Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN,

Julius Krizsan; der Persilschein, den das niedersächsische Innenministerium dem "Stahlhelm" ausgestellt hatte ("er leide unter Vergreisung"), wurde in Teilen ad absurdum geführt. Der parlamentarische Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (CSU) teilte mit, dass bei der Bundesführung des Verbandes "bisher extremistische Tendenzen nicht erkennbar geworden" seien, der Landesverband Rheinland-Pfalz aber "rechtsextremistisches, insbesondere rassistisches und antisemitisches Gedankengut" vertrete und "enge Kontakte zu NPD und neonazistischen Gruppen" pflegen würde. (Zündel. 6-7/83, S. 5)

Im Vorfeld der Tagung veranstaltete das Gegen-Bündnis eine Podiumsdiskussion mit dem WDR-Redakteur Wolfgang Kapust als Diskussionsleiter, Gertrud Schröter (VVN), Franz Awisus (SPD), Julius Krizsan (Grüne) und Aloys Kleene (Alternative Grüne Liste). Im "Le Bistro" wurden auch die Gegenaktivitäten diskutiert, wobei sich schon abzeichnete, dass ein Teil des Bündnisses direkten Aktionen aus dem Weg gehen wollte. (CZ, 10.06.1983)

Die Cellesche Zeitung hatte sowohl den Gegnern wie den Befürwortern viel Platz eingeräumt, um schließlich aber vor dem antifaschistischen Spektrum zu warnen: "So lange eine Vereinigung, eine Partei oder eine Organisation nicht verboten ist, muß es ihr gestattet sein Versammlungen durchzuführen, sich darzustellen und für ihre Ziele zu werben. Genau so aber muß es den Gegnern - egal auf welcher Seite unseres politischen Spektrums beide Seiten angesiedelt sind - erlaubt sein, gegen eben solche Versammlungen zu demonstrieren. Entscheidend aber dabei ist, daß dies alles ohne Gewalt passiert. Wo Wände beschmiert werden, eventuell sogar Steine fliegen, hört das Recht auf Demonstration auf, muß Polizei einschreiten, um das Recht auf gewaltfreie Demonstrationen zu sichern. Hoffen wir, daß in den nächsten Tagen die Vernunft die Oberhand behält. Hoffen wir, daß die Gewalt vor den Toren unserer Stadt bleibt. - Jan Klugkist." (CZ, 16.06.1983)

Am Vorabend des "Stahlhelm"-Treffens hatte der DGB zu einer Versammlung in der Städtischen Union aufgerufen, zu der rund 700 TeilnehmerInnen kamen. Der DGB-Vorsitzende Heinz Hochgraefe beendete sein Eingangsstatement mit der Feststellung, "daß unsere Demokratie auch ohne Treffen von Soldatenvereinigungen funktioniert, die Steigbügelhalter des



"Besetzte" Bühne in der Union bei der DGB-Veranstaltung

Faschismus waren". (CZ, 18.06.1983)

Am Ende der Veranstaltung erklärten etwa 100 Mitglieder autonomer antifaschistischer Gruppen aus Celle, Hannover, Göttingen, Hamburg und anderen Städten den Saal für besetzt, da dies die einzige wirkungsvolle Aktion gegen das Stahlhelmtreffen darstelle. Nach langem hin und her wurden sie von DGB- und BündnisvertreterInnen und der "ersten Aufforderung" der Polizei zum Abbruch der Aktion "genötigt". Dank mitgebrachter Buttersäure-"Bomben" roch es immerhin anschließend nicht mehr so frisch in der Union - und ob die Wandparolen wie "Nazis raus aus Celle" und "Kein 'Stahlhelm'-Treffen in Celle" bis zum kommenden Tag schon beseitigt waren, ist unbekannt.

Bei der von der Friedensinitiative angemeldeten Demonstration zogen am Samstag rund 600 TeilnehmerInnen vom damaligen "Haus der Jugend" (heute "Bolero") zum "Großen Plan". Dort sprachen als Vertreter der Celler Friedensinitiative Franz Awisus (SPD), der den Oberbürgermeister zum Rücktritt aufforderte, der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Julius Krizsan, der auf alt- und neofaschistische Tendenzen im Landkreis Celle hinwies, und der Landesverbandsvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Hamburg, Herbert Baade. Parallel zur Demonstration hatten sich bereits knapp 100 autonome AntifaschistInnen an der Städtischen Union versammelt, um den Tagungsteilnehmern den Zutritt in die Räume zu verwehren. Die Polizei, die mit rund 750 Mann vor Ort war, setzte kurz einen Wasserwerfer ein, um den eintreffenden Mitgliedern des "Stahlhelm" den Weg freizumachen. Die Scheibe eines belgischen Busses wurde zerschlagen, als dieser auf den Parkplatz der Union einbiegen wollte. Einzelne Tagungsbesucher wurden mit Farbbeuteln beworfen.

Nach der Abschlusskundgebung auf dem Großen Plan ging etwa die Hälfte der TeilnehmerInnen auch vor die Union. Eine Sprecherin der Alternativen Grünen Liste hatte hierzu aufgefordert: "Demonstrationen und Protesterklärungen dienen ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit und der Beeinflussung politischer Entscheidungen. Damit sind faschistische Aktivitäten nicht zu verhindern, solange sie durch politisch Verantwortliche und die Polizei geschützt werden. (...) Wenn sich die Faschisten jetzt ungestört entfalten können, ist es bis zu einem neuen 1933 nicht mehr weit. Antifaschistischer Widerstand muss das Ziel haben, jegliche Aktivitäten der Nazis zu verhindern." Am Ende der den ganzen Nachmittag andauernden "Belagerung" gab es erhebliche Polizeiübergriffe, die zu Festnahmen und Verletzungen unter den Demonstrierenden führten. Die CZ wettete anschließend gegen die "zugereisten Chaoten, denen es nicht um die Sache, sondern um Krawall" gegangen sei, und stellte fest: "Die Gewalt kam von außen." (CZ, 20.06.1983)

Aber: Angesichts der Präsenz des Protest rollten die rund 250 "Stahlhelmer" am Sonntag resignierend ihre Fahnen ein und verließen Celle, ohne einen eigentlich geplanten Marsch zur öffentlichen Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal vor dem Schloss durchzuführen. (Am Montag nach dem



Offizieller Anstecker für Teilnehmer der "Stahlhelm"-Tagung

Ratsfraktionen der CDU, FDP und WG - die 70 % der Bevölkerung vertreten - sowie der Verwaltung unserer Stadt hier herzlich willkommen heißen. Ich freue mich sehr, dass diese Tagung trotz aller Widrigkeiten hier stattfindet. Was wir in den letzten Wochen und Tagen in Celle an Verhetzung, Intoleranz und Zwangsdrohungen erfahren mußten, haben wir in dieser Stadt bisher nicht erlebt. Bereits im April haben kommunistische, verfassungsfeindliche Gruppen das Startsignal zum Angriff auf diese Veranstaltung gegeben. (...) Daher passen so recht die Worte des Mottos für Ihre diesjährige Tagung, der Wahlspruch Hindenburgs: >Die Treue ist das Mark der Ehre!< Es folgt im Redetext eine 1919 von Albert Matthäi verfasste vierte Strophe des "Deutschlandlieds": "Deutschland, Deutschland über alles, / Und im Unglück nun erst recht; / Erst im Unglück wird sich zeigen, / Ob die Liebe stark und echt! / Und so soll es weiterklingen / Von Geschlechte zu Geschlecht: / Deutschland, Deutschland über alles / Und im Unglück nun erst recht." Diese so genannte "Trutzstrophe" ist nach wie vor ein bei Neofaschisten beliebter Text.

Mit seiner Überzeugung, für 70 Prozent der Celler zu sprechen, lag Hörstmann allerdings daneben. Erstmals hatten sich im Zusammenhang mit dem "Stahlhelm"-Bundestreffen deutlich wahrnehmbare Risse im bürgerlichen Lager gezeigt. Insbesondere das Verhältnis zwischen Evangelischer Kirche und der CDU war brüchig geworden. Der seinerzeitige Superintendent, Bodo Wiedemann, hatte sich kritisch geäußert, was der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Herbert Severin postwendend als "unzulässige Einmischung in die Politik" abqualifizierte. (CZ, 14.06.1983) Hörstmann selbst sah sich im Herbst des Jahres sogar veranlasst, aus der Ev. Kirche auszutreten und statt der Kirchensteuer einen freiwilligen Beitrag an Rudolf Strauss' Freikirchliche Gemeinde in der Hannoverschen Straße zu zahlen. Drei Jahre später traute dann auch die CDU dem dann schon 76-Jährigen nicht mehr zu, die Stadt weiterhin zu repräsentieren - der parteiinternen Kritik zum Trotz ließ sich Hörstmann zwar im Herbst 1986 noch einmal zum Oberbürgermeister wählen, nahm dann aber die Wahl nicht an.

Das liberale, bildungsbürgerliche Milieu der Stadt war von Hörstmann, von der Witten und den Spitzen der CDU in

Bundestreffen legten "Stahlhelm"-Mitglieder klammheimlich einen Kranz am Grab des Generalfeldmarschalls von Mackensen auf dem Stadtfriedhof ab.)

Wenig Einsicht zeigten bis zuletzt die obersten Repräsentanten der Stadt. Zwar hatte der Oberbürgermeister schließlich darauf verzichtet, sein Grußwort persönlich zu halten, aber er ließ es verlesen. Nur ein kleiner Ausschnitt: "Ich darf Sie im Namen der

scharfer Weise angegangen worden, was eine dauerhafte "Entfremdung" verursachte. Hörstmann etwa hatte ein Protestschreiben des Vorsitzenden der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Joachim Piper, u.a. mit folgenden Sätzen beantwortet: "Ich weiß sehr wohl, mit welchen Mitteln hier in Celle die Kampagne gegen die Stahlhelmveranstaltung aus einer verfassungsfeindlichen, linksradikalen Ecke heraus betrieben wird. Mein Eindruck ist, daß hier Material von der ostberliner Abteilung für >Desinformation< aufbereitet wird. ... Ich halte den Satz in Ihrer Unterschriftenliste, daß die in Ihrer >Gesellschaft< vereinigten Christen den Geist der Intoleranz verabscheuen, für heuchlerisch, weil nach allem Sie und die Mitglieder, die die Liste unterschrieben haben, intolerant sind. Sie bauen nämlich einen >Popanz< auf, den Sie bekämpfen wollen. Gerade Sie verunsichern dadurch bewußt unsere jüdischen Mitbürger. Ob das alles sehr christlich ist, lasse ich dahingestellt." (zit. nach: Zündel, 08-83, S. 9-10)

Im Lager der Gegner konnte man auf eine für Celler Verhältnisse intensiv geführte und in Teilen erfolgreiche Kampagne zurückblicken. Trotzdem kam es zu Differenzen, weil einigen Gruppen die Wahl der Mittel anderer zu militant erschien, und jenen die Ebene rein symbolischer Politik und einer Rhetorik der Rücktrittsforderungen zu harmlos. Einen unrühmlichen Akzent setzte dabei der DGB-Kreisvorsitzende Hochgraefe, als er öffentlich von der Celler Friedensinitiative (CFI) verlangte, sich von der Besetzungsaktion in der Union zu distanzieren - obwohl die CFI weder zur Besetzung aufgerufen noch sie unterstützt hatte. (Zündel. 08-83, S. 8-9)

Angesichts der bundesweiten Aufmerksamkeit war es für den "Stahlhelm" die letzte große öffentliche Tagung; der Verband war als "rechtsextremistisch" geoutet und diskreditiert. Teile des Verbandes im niedersächsischen Jork (bei Stade) und in Rheinlad-Pfalz entwickelten sich in den 1990er Jahren zu einer neofaschistischen Wehrsportgruppe. Auf eine "Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS vom 12.07.1999" antwortete die Bundesregierung u.a.: ">Der Stahlhelm e.V. - Bund der Frontsoldaten - Kampfbund für Europa< ist eine rechtsextremistische Gruppierung, deren ideologische Ausrichtung insbesondere von nationalistisch-völkischem, antisemitischem und revisionistischem Gedankengut geprägt ist." (Antwort des Bundesministerium des Innern vom 06.08.1999 BT-Drucksache 14/1446) Im Juni 2000 leitete der Bundesverband als Konsequenz aus dem Druck von Verfassungsschutz und Justiz seine Selbstaflösung ein. Der Landesverband Rheinlad-Pfalz besteht als eigenständiger Verein weiterhin - mit festem Platz im Verfassungsschutzbericht des Landes.

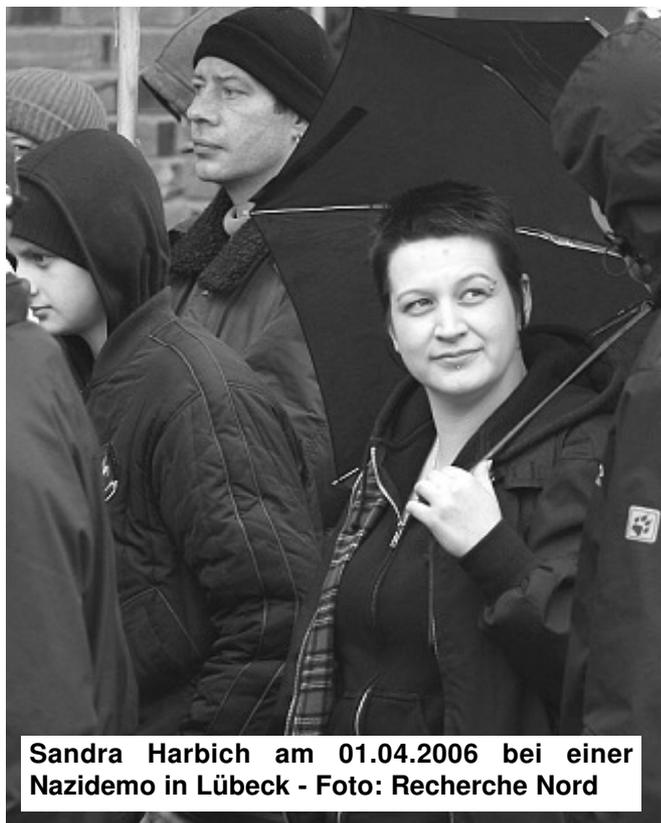
Das Archiv für neue soziale Bewegungen hat keine Flugblätter oder Plakate zu der Kampagne - wer damit oder mit anderen Materialien "dienen" kann, bitte melden bei buha-archiv@t-online.de

“Wer einer Frau kann nicht treu sein, kann es auch seinem Vaterland nicht!”

Jahrelang dominierte der Neonazi Klaus Hellmund die rechte Celler Kameradschaft 73 und galt als treibende Kraft. Die Kameradschaft die sich Ende der 90er Jahre gegründet hatte war immer dann aktiv, wenn er den Ton angab. Als er zwischenzeitlich ins Gefängnis mußte, kamen auch die Aktivitäten der Kameradschaft zum Erliegen, kaum wurde er entlassen, machte die rechte Celler Gruppe wieder von sich reden.

Doch das scheint sich nun geändert zu haben. Hellmund glänzte bei dem Naziaufmarsch am 09.12.2006 in Celle durch Abwesenheit. Nachdem er im Jahre 2000 und mehrfach im Jahre 2006 mit dem Versuch gescheitert ist, in Celle einen Aufmarsch durchzuführen, kommt er nicht, als es endlich gelingt; das stimmt doch sehr verwunderlich und einiges deutet auf größere Spannung zwischen ihm und dem Rest seiner Kameraden hin. Außerdem hat er den Landkreis Celle verlassen. Doch weit ist er nicht gekommen.

Zusammen mit seiner neuen Freundin Sandra Harbich ist er jetzt in Uetze im Ortsteil Hängisen untergekommen. Harbich ist Anfang des Jahres nach Uetze gezogen und wohnte zuvor in Soltau. Genau wie Hellmund ist sie in neonazistischen Kreisen keine Unbekannte. So schreibt sie in mehreren rechten Diskussionsforen und folgt man ihren dortigen



Sandra Harbich am 01.04.2006 bei einer Nazidemo in Lübeck - Foto: Recherche Nord

Eigenangaben so ist sie am 15. Februar neunundzwanzig Jahre geworden; sie ist Mutter “zweier Germanen” und bereits geschieden. Ursprünglich stammt Sie aus Aalen in Baden-Württemberg und gibt an, erst vor sechs Jahren nach Niedersachsen gezogen zu sein.

In Soltau fiel sie zuletzt als presserechtlich Verantwortliche eines Flugblattes auf, in dem versucht wird, Menschen über die soziale Frage an neonazistisches Gedankengut heranzuführen. Verteilt wurde das Flugblatt Anfang Dezember 2006 auf dem Wochenmarkt. In dem Forum “rockgegenzog”, wobei zog für “Zionist Occupied Government” steht und überstetzt soviel bedeutet wie “Zionistisch besetzte Regierung”, schreibt sie unter dem Usernamen Triskele. In einen Eintrag vom 04.05.2006 mobilisiert sie zu einen Störungsversuch einer Antifa-Veranstaltung zum Thema Entwicklung der Neonazistrukturen zwischen Elbe und Weser (siehe Revista 31, Seite 22): “Hiermit möchte ich alle von Euch bitten uns zu begleiten denn ich denke es soll doch über niemand geredet werden der nicht dabei ist. (...) Ich bitte um Anmeldung bei mir näheres könnt Ihr privat erfahren!” Der Störungsversuch von ca. 25 Rechtsextremisten wurde von der Polizei unterbunden.

Im selben Forum wirbt sie für die Gemeinschaft deutscher Frauen GDF und bietet Informationen für Frauen aus Niedersachsen an, die Interesse haben, sich “über die Deutsche Geschichte” und Kinder auszutauschen.

In dem mittlerweile gelöschten Forum des “Freien Widerstand Holstein” schrieb sie unter dem Usernamen Fahntreue. Dort gibt sie an, Schulungen mit Jugendlichen durchzuführen. Bei ihren ICQ-Eintrag hat sie sich den Namen “Eva Braun” gegeben, also den Namen von Adolf Hitlers Frau.

In dem rechten Onlineportal “Odins Kontaktanzeigen” fungiert sie unter der Mitgliedsnummer 427 als Moderatorin. Das Portal dient “heimat treuen, volksbewußten Menschen” dazu, mit Gleichgesinnten Bekanntschaften, Freundschaften oder eben auch Beziehungen einzugehen.

Harbich selber stellt einige Ansprüche an ihren Beziehungspartner. So plädiert sie auf einen familiären Zusammenhalt in der Szene mit “Anstand und Werten, ohne Alkohol, Hurerei und Schlägereien” um Jugendlichen als Vorbild zu dienen. Sie spricht sich gegen “Haudrauf Idioten” aus “denn genau diese Schicht in unseren Reihen sind die Klischeeerfüller die wir nicht brauchen” und fordert “Wir brauchen Denker” denn wenn das “Klischee des saufenden prügeln den hetzenden Nazi” erfüllt wird, “werden wir nie



Klaus Hellmund (links) und Dennis Bührig am 28.01.2006 bei einer Nazidemo in Lüneburg.

einen anderen Ruf bekommen". Außerdem fordert sie "Eine Arbeit ist die Grundlage für uns. Asoziale Säuffer Arbeitslose (leider) und Partyglatzen haben wir genug". Unter ihren Beiträgen prangt ihre Signatur: "Wer einer Frau kann nicht treu sein, kann es auch seinem Vaterland nicht!"

Da wird sich Hellmund wohl umstellen müssen. Immerhin ist er ja schon öfters wegen Gewalttätigkeiten mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Zukünftig kann er dann mit Harbich "Liedernachmittage" veranstalten und den "Kindern altes deutsches Liedgut beibringen."

Hinzu kommt, dass Harbich auch nicht gerade gut auf die Celler Nazis zu sprechen ist. In dem Forum des "Freien Widerstand Holstein" lieferte sie sich mit einem Celler Neonazi mit dem Usernamen Odal einen Schlagabtausch. Unter diesen Usernamen schreibt in einem anderen Forum der Celler Neonazi Dennis Bührig und so liegt der Verdacht nahe, dass er das auch hier ist. Im Grunde wird sich um diverse Kleinigkeiten gestritten, die immer dann an Bedeutung gewinnen, wenn man sich eh nicht mehr wohl gesonnen ist.

Zwei Punkte allerdings stechen heraus. Als Klaus Hellmund am Vortag der Demonstration in Celle in der CZ ausführlich mit Foto gewürdigt wurde, zeigt sich Harbich entsetzt ohne Namen zu nennen: "Darf eine Zeitung eine Person (...) öffentlich denunzieren?" und äußert in Richtung des User

Odal, "dich dürfte es ja erfreuen". Diesem unterstellt Harbich auch, dass er in seinem Kameradschaftskreis Leute duldet die sich in Frauenkleidern fotografieren. Für Sandra Harbich ist das Perversion: "Für mich ist pervers was abnorm ist, abnorm ist in diesem Falle Travestie, Schwul, Lesbisch, Pädohiel, Sodomie" und ist der Meinung "das solche Leute mit solchen abnormen Gedanken nichts bei uns zu suchen haben."

An dieser Stelle ist sie mit ihrem neuen Freund Hellmund meinungskonform. Dieser hat sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt unter dem Pseudonym "Gloriavictoria" in einem Beitrag im Forum des rechten "Wikingerversand" zu dem Thema geäußert: "Doch wir sind die Bewegung von heute und morgen und in mein Weltbild passen keine Homos und auch keine Akzeptanz derartiger Subjekte!" und in einem weiteren Beitrag stellt er fest: "Um zum Schluss eines ganz klarzustellen, ich werde weder in unserer Bewegung noch in meinem Kameradenkreis Homos und andere sexuell Perverse dulden."

Im Augenblick sieht es so aus, als ob sich zumindestens Sandra Harbich nach Hannover orientieren will. In ihrem aktuellen Mitgliederprofil auf "Odins Kontaktanzeigen" möchte sie "nette ehrliche Menschen im LK Hannover kennen (...) lernen, zum gegenseitigen Austausch. Tratschen, Feiern etc etc."

Wie Hellmund dazu steht, ist im Augenblick fraglich und er scheint ein wenig zwischen den Stühlen zu stehen. In der Celler Kameradschaft hat ihm Dennis Bührig wohl mittlerweile den Rang abgelaufen. Zumal dieser jetzt öfter als Redner bei rechten Aufmärschen in Erscheinung tritt. Zuletzt bei Aufmärschen am 18. März in Minden und am 09. Juni in Nienburg. Bei der Organisation der Sonnenwendfeier in Eschede am 23. Juni dieses Jahres spielte er eine tragende Rolle und die NPD Niedersachsen veröffentlichte ein Interview mit ihm zu dem Verlauf des Treffens auf ihrer Internetseite.

Beim Aufmarsch in Nienburg war neben den Celler Rechtsextremisten Mario Bathke und Helge Grotejahn auch Klaus Hellmund anwesend. Dieser hielt sich aber auffällig zurück und seine Freundin Harbich war nicht zugegen.

Dieter Kurz

Daniel Gräf ist ausgestiegen – schon wieder

Der ehemalige Celler Neonazi Daniel Gräf musste sich in Münster vor dem Landgericht verantworten. Dem Mitglied des Kampfbund deutscher Sozialisten (KDS) drohten als Höchststrafe fünf Jahre Haft, weil er als Redner auf einer Demonstration am 18.02.2006 in Münster sich die "Auschwitzlüge" zu eigen gemacht hat und damit den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllte. Weil er aber angab, sich von der rechtsextremen Szene gelöst zu haben, kam Gräf glimpflich davon und wurde lediglich zu neun Monate auf Bewährung und 150 Sozialstunden verurteilt.

Ob der Austieg ernst gemeint ist, darf bezweifelt werden,

wahrscheinlicher ging es ihn um ein mildes Urteil. Schon früher gab Gräf an, sich aus der Szene gelöst zu haben und beteiligte sich in Hameln an einer "Initiative gegen Neonazizeitungen". Nachdem er 2004 nach Celle zog, hier aber offensichtlich Streit mit den Neonazis der Kameradschaft 73 bekam, versuchte er sich erfolglos in Wuppertal als Nachfolger des dortigen Kopf der Szene, Axel Reitz, der den Weg ins Gefängnis antreten musste. Nachdem ihm das offensichtlich nicht gelang, weilte er geraume Zeit wieder in Hameln und wohnt nun in Berlin.

Seine ehemaligen Kameraden vom KDS haben sich nun von ihm abgewandt, bezeichnen ihn als "wachsweichen Opportunisten" und "haken den Fall Gräf einfach mal ab".

DK

Rieger spukt immer noch im Landkreis Celle

Zwanzig Jahre lang trafen sich in Hetendorf Neonazis aller Couleur von Revisionisten über rechten Parteien, volkstümelnde und neuheidnischen Gruppierung bis hin zum offen gewalttätigen Rechtsextremen. Kopf des so genannten Heideheims in Hetendorf war der bundesweit bekannte Neonazi Jürgen Rieger aus Hamburg. Erst mit dem Verbot der beiden Trägervereine im Jahre 1998 wurde den rechten Umtrieben ein Ende bereitet und das Grundstück wurde eingezogen. In der Zwischenzeit geriet der einschlägig vorbestrafte Jürgen Rieger immer wieder in die Presse weil er mehrere Immobilien erwarb oder erwerben wollte; immer mit der Befürchtung verbunden, dass dort wo er Besitz erwirbt, ein "zweites Hetendorf" entstehen könnte.

Im Oktober letzten Jahres bestand die Befürchtung auch im Landkreis Celle. Gerüchteweise sollte Jürgen Rieger Interesse an dem Landhaus Gerhus in Gerdehaus bei Unterlüß haben. Das Landhaus Gerhus liegt sehr abseits, ist schon etwas herunter gekommen, würde aber Neonazis mit den vorhandenen 80 Betten sicher gute Möglichkeiten bieten. Der damalige Besitzer Karl Hennies gab an, Jürgen Rieger auf einem Pfingstlager in Hetendorf kennengelernt zu haben und hängte sich weit aus dem Fenster: "Dass ich rechts stehe, dürfte keinem unbekannt sein (...) Ich wollte Gerdehaus denen damals schon geben, als Hetendorf verboten wurde".

Anfang Dezember wurde dann Entwarnung gegeben, das Landhaus wird nun in ein Heim für Demenzkranke umgewandelt werden.

Doch wer glaubte, Rieger hätte dem Landkreis Celle nun endgültig den Rücken gekehrt, muss sich leider getäuscht sehen. Seit Ende August 2006 ist auf seinem Namen seine persönliche Interseite www.juergen-rieger.de registriert. Laut Impressum fungieren als Webmaster und technische Ansprechpartner Christian von Fintel und Siv Annette Westedt. Letztere wohnt in Unterlüß und scheint ihre Aufgabe sehr ernst zu nehmen. So brach sie absurderweise einen Streit mit dem rechten "Nachrichtendienst" Altermedia vom Zaun: "Sie haben ohne Ausdrückliche Genehmigung zu Ihrem Artikel über den Heisenhof ein Bild von Herrn Jürgen Rieger verwendet. Sie werden gebeten dieses SOFORT zu entfernen. anderenfalls werde ich meinen Rechtsanwalt Ralf Möbius, Hannover bitten Klage vorzubereiten. Ich bin die Webmasterin und Hosterin der Webseite www.juergen-rieger.de. Sie haben an den dort verwendeten Texten und Bildern keine Urheberrechte".

Selbstverständlich brachte ihr das in der darauf folgenden Diskussion nur Hohn und Spott der Szenen ein und auch Rieger scheint von dem Vorgängen nicht überzeugt zu sein: "Da ich - wie ein Gericht einmal ausgesprochen hat - Persönlichkeit der Zeitgeschichte bin, hat jedermann das Recht, von mir Bilder zu machen und diese auch zu veröffentlichen (...) Ich habe mithin nichts dagegen, dass Bilder von mir - gleich von wem - heruntergeladen werden können."

Westedt selber versuchte anschließend ihr Vorgehen zu erläutern und sich gegen Kommentare auf altermedia zu wehren: "Ich bin Norwegerin und habe mit jeglicher Politik in Deutschland nichts zu tun !! Es ist auch keine Privatseite. Es ist die offizielle gewerbliche Rechtsanwaltsseite von Herrn Rieger die ich als Gewerbliche gestalte. Sollte sie mich in eine politische Ecke rücken wollen als norwegische Staatsbürgerin, wird auch diese sofort strafrechtlich verfolgt werden ! Pech für sie, dass sie gerade eine Ausländerin beschimpfen, das wird in deutschen Gerichten nicht gern gesehen." [alle Zitat stammen von www.altermedia.info]

In der Tat hat Frau Westedt ein Händchen fürs Gewerbliche, zumindestens haben sowohl sie, ihr Mann und ihre Firma "Pyragon Ltd. & Co. KG" eine Vielzahl von Internetshops angemeldet, die mehr oder weniger alle miteinander verlinkt sind und wo man so handfeste Dinge wie Baustrahler, Solarleuchten aber auch obskure Dinge erwerben kann wie z.B: Götterpentagramme, Baldrianwurzel zum Geisteraustreiben, Kerzen zum Schutz vor negativen Energien, okkulte Flüssigkeiten wie Kampfwasser um sich magisch zu verteidigen, Voodoo Puppen und ähnliches mehr.

Darüberhinaus hat sie aber auch eine private Seite im Netz. Dort gibt sie umfangreich über sich und ihre Familie Auskunft. Demnach ist sie 2004 zusammen mit ihre Familie in die Lüneburger Heide gezogen, ursprünglich stammt sie aus Norwegen. In der Rubrik "Idylle???" breitet sie ihre Nachbarschaftsstreitigkeiten ausführlich im Internet aus. Und weil sie mit ihren zwei Rottweiler nicht nur auf Gegenliebe stößt, hält sie fest: "...das ist eine Rassenhetze gegen Rottweiler. Wir hatten Rassenhetze in Deutschland schon mal...". Sie muss es ja wissen, denn unter der Rubrik "Freunde" ist auch Jürgen Rieger aufgeführt: "Jürgen ich habe dich sehr gern. Seit 6 Jahren kennen wir uns nun schon. Mit dir kann ich über alles reden, über Heidentum, Kultur, Kunst, Politik einfach über alles...." Na und wenn sich jemand mit Rassismus auskennt, dann bestimmt Jürgen Rieger. [alle Zitat stammen von www.maincoon.de]

Für Rieger versucht sie auch dessen Kino in Hameln zu verkaufen. Das Gebäude, zu dem auch einige Wohnungen und Geschäftsräume gehören, hatte Rieger 1999 gekauft, konnte dies aufgrund bauliche Mängel aber nie wirklich nutzen. Seit 2005 versucht nun Westedt in ihrem Ebay-Shop "zokky7" das Gebäude zu veräußern. Außerdem hat sie hierfür auch eine eigene Internetseite www.luxusdomizil.de angemeldet. Dort kann man sich auch melden, wenn es Mietfragen geht. Ob das der ehemalige rechtsextremistische Kroatiensöldner Michael Homeister auch getan ist hat ist nicht bekannt, jedenfalls wohnt er jetzt dort. In Celle ist Homeister noch als Kopf der rechtsextremistischen Kameradschaft 77 in Erinnerung. Diese hat sich, um einem Verbot zuvorzukommen, im August 2000 selbst aufgelöst.

Mit Politik hat das für Siv Annette Westedt nichts zu tun. Das kann man auch anders sehen.

Dieter Kurz

Die Martins-Glocke und ihre Kosten

Eigentlich wollte die Stadtkirchengemeinde nur die im Kirchturm vorhandenen Barockglocken restaurieren lassen, wozu eine Spendensammlung initiiert wurde. Dann beschloss der Stadtrat ungefragt auf Anregung von OB Martin Biermann im März, der Stadtkirche eine 120000 Euro teure vierte Glocke zu schenken. Und schuf damit zumindest ein praktisches Problem: Der Kirchturm müsste verstärkt werden, mit erheblichen zusätzlichen Kosten.

Interessanter aber scheint der Vorgang an sich. Ohne jegliche Beratung in einem der Ausschüsse des Stadtrates tischte der OB dem Rat in der Haushaltssitzung den Vorschlag auf. Die Diskussion verlief kontrovers, das Ansinnen Biermanns wurde aber bei nur 11 Gegenstimmen beschlossen. Die Ablehnung kam von der Fraktion der Bündnisgrünen, Andreas Hauptmeyer (BSG) und Teilen (aber eben nur Teilen) der SPD-Fraktion. Als Gegenargumente wurden vorgetragen: Die Trennung von Kirche und Staat werde missachtet (Wolf Wallat, SPD); angesichts der sozialen Probleme sei eine derartige Ausgabe falsch (Andreas Hauptmeyer, BSG); die technischen und damit auch finanziellen Folgeprobleme seien ungeklärt (Georgia Langhans, Bündnisgrüne). Die Grünen hatten im übrigen beantragt, dass die Stadt sich mit 30.000 Euro an der Renovierung des Geläuts beteiligen und der Rat zu einer Spendenaktion aufrufen solle.

Das wesentliche "Verkaufs"-Argument sah so aus: Ursprünglich habe das Stadtkirchen-Geläut aus vier Glocken bestanden, eine sei jedoch im Zweiten Weltkrieg für Rüstungszwecke eingeschmolzen worden. Mit der Wiederherstellung des historischen Zustands würde gleichzeitig ein "Friedenszeichen" gesetzt, da - so Biermann wörtlich laut Protokoll - "seit der Unterzeichnung der 'römischen Verträge' im Jahr 1957 die längste Friedensperiode begonnen habe, die Deutschland in den letzten Jahrhunderten erlebt habe". Auch der Ratsvorsitzende, Dr. Wulf Haack (CDU), schloss sich dieser Argumentation an, wonach über 60 Jahre Frieden in Deutschland ein Geschenk seien. Das Glockengeläut mahne die Menschen zum Innehalten, um über das menschliche Miteinander und den Frieden untereinander nachzudenken.

Es kann einen nur verblüffen, mit welcher Chuzpe darüber hinweggesehen wird, dass Deutschland sich 1999 am Krieg gegen Jugoslawien beteiligte. Vielleicht ist es im Blick auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg verständlich, als Krieg nur ein Gemetzel zu sehen, bei dem auch "eigene" Opfer zu beklagen sind - mit "modernen" Kriegen hat das aber nicht mehr unbedingt etwas zu tun. (Im so genannten Kosovo-Krieg wurden rund 1000 serbische Soldaten und Zivilisten durch NATO-Angriffe getötet.) Gleichzeitig muss man sich vergegenwärtigen, dass OB Biermann und die CDU-Fraktionsvorsitzende Peters, die sich von seiner symbolkräftigen Argumentation überzeugt zeigte, kein Problem damit hat-



**1942 ging's abwärts
- für Führer, Volk und Vaterland**

ten, in Celle stationierten britischen Soldaten, die - unbestritten - in einem völkerrechtswidrigen Krieg im Irak agieren, hierfür im vergangenen Jahr Orden anzuheften.

Abgesehen von persönlichen Eitelkeiten (häufig heißen die größten Glocken eines Geläuts "Martinsglocke"), dürfte das schwierige Verhältnis von Kirche und CDU den Hintergrund für das großzügige Geschenk bilden. Die ev. Kirche ist - auch in Celle - die letzte gesellschaftliche Großinstitution, die z.B. den Irak-Krieg kritisierte oder den durch die Bundesregierungen betriebenen Sozialabbau grundsätzlich in Frage stellt. Nur: Wird die "Martinsglocke" läuten dürfen, um - wie jetzt in vielen Kirchengemeinden geplant - die Teilnehmer des G8-Gipfels zu mehr sozialer Gerechtigkeit aufzufordern? Macht es das "Geschenk" der Kirche nicht schwerer, gegen vom Stadtrat zu verantwortende sozial- oder umweltpolitische Maßnahmen zu protestieren? Das Bestechungsgeschenk heißt es in im 5. Buch Mose, 19, mache die Augen der Weisen blind und verdrehe die Sache der Gerechten. Vielleicht sollte die Kirche besser verzichten.

Neulich im Kapitalismus: die internationale Gemeinschaft

Sie wird nicht erpressbar sein, sie wird um Hilfe angegangen und sie äußert kollektiv ihre tiefe Betroffenheit und ihr Bedauern: die internationale Gemeinschaft.

Wer aber ist denn das ?

Fragt mensch heute nach den einflussreichsten Gruppen in Deutschland, dann wird sich wohl weniger irgendeine Partei, Gewerkschaft oder Kirche anbieten, sondern die Wahl wäre wohl die zwischen DFB und ADAC. Auf Internationaler Ebene ist in einem ähnlichen Sinne die UNO sicher weniger einflussreich als Weltbank und Welthandelsorganisation; -interessant ist ein Blick in deren Geschichte:

Viele gegenwärtig geltende oder verhandelte Abkommen und Verträge der Staaten untereinander (wie gats; GATT; die Uruguay-Runde; das Doha-Abkommen; die Havanna-Charta,

welche das internationale wirtschaftliche Geschehen, die Arbeitsschutznormen und Bestimmungen über Zölle etc. regeln), sind nicht denkbar ohne die Konferenz in Bretton Woods (1944) und die Diskussionen der Jahre 1941-1946. Der Chef der englischen Delegation, J. M. Keynes, war eine eigenartiger Visionär: Ihm schwebte eine maximale tägliche Arbeitszeit in den Industrie-Ländern der Nachkriegszeit von 15 bis 20 Wochenstunden vor; gleichzeitig hatte er größte Bedenken, wie die Menschen mit diesem Zugewinn an Freizeit umgehen würden: zu lange "seien wir dazu erzogen worden, nach etwas zu streben, und nicht, etwas zu genießen" es sei "eine beängstigende Aufgabe, sich selbst zu beschäftigen" und die Kapitalisten seien dressiert nicht "ihre Katze zu lieben, sondern die Kätzchen ihrer Katze und nicht einmal die Kätzchen, sondern die Kätzchen ihrer Kätzchen und so weiter bis zum Ende der Katzenheit". Sein kurzgefasstes Credo: die Menschen sollten wieder "singen lernen".

In ihren institutionellen Strukturen war die ITO einfach und demokratisch. Mitglied wurden zunächst alle Staaten, die zur ersten UN-Konferenz über Handel und Entwicklung eingeladen waren. Weitere Mitgliedstaaten wurden zu dieser Konferenz eingeladen. Jedes Mitglied hat eine Stimme, während bei Weltbank und IWF die Stimmen nach den finanziellen Beiträgen gewichtet sind, weshalb die USA jede wichtige Entscheidung ganz allein blockieren können. Ein Mitglied, das mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, verliert das Stimmrecht. Nach dieser Regel hätten die USA die meiste Zeit kein stimmberechtigtes ITO-Mitglied sein dürfen.

Was die Leitungsstruktur betrifft, so wählen alle ITO-Mitglieder einen 18-köpfigen Exekutivrat. Dabei müssen acht Vertreter aus Ländern mit "großer ökonomischer Bedeutung und einem hohen Anteil am Welthandel kommen". Die 10 Anderen sollen unterschiedliche Regionen und Wirtschaftstypen repräsentieren. Abgestimmt wird in der Regel mit einfacher Mehrheit und nur in bestimmten Fällen mit Zweidrittelmehrheit. Konflikte sollen möglichst mit gemeinsamer Beratung gelöst werden, gelingt dies nicht, darf jedes Mitglied einen Streitpunkt vor den Exekutivrat bringen, der die geschädigten Parteien zu Vergeltungsmaßnahmen autorisieren kann...

Das System sollte folgendermaßen funktionieren: Mit Exportwaren verdient ein Land Bancors, die es für seine Importe wieder ausgibt. Entscheidend ist dabei ein gewisses Gleichgewicht zwischen Exporten und Importen, so dass die Bilanz eines Landes gegenüber der ICU am Ende eines Jahres in etwa ausgeglichen ist, also weder einen Überschuss noch ein Defizit aufweist. Für die nationale Währung eines Landes würde ein Wechselkurs für den Bancor vereinbart, der aber angepasst werden könnte. Neu an diesem Konzept war die Einsicht, das Länder mit zu vielen Bancors das

Gleichgewicht ebenso stören wie Länder mit zu wenig Guthaben der ICU-Währung. Mit anderen Worten: Gläubiger sind für die Stabilität genauso gefährlich wie Schuldner.

Aber wie sollten die einzelnen Länder gezwungen werden, ihre Handelsbilanz möglichst ausgeglichen zu halten? Keynes entwickelte ein raffiniertes Rezept: Die ICU als Zentralbank und Träger der neuen Währung sollte jedem Land einen Überziehungskredit einräumen, genau wie eine Bank einem Einzelkunden. Diese offizielle Überziehungssumme sollte bei der Hälfte des Volumens liegen, dass der Außenhandel des betreffenden Landes im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre erzielt hat. Wird die Überziehungssumme überschritten, soll das betreffende Land für die überschüssige Summe einen Strafzins zahlen. Der sollte natürlich zunächst die Defizitländer betreffen. Die große Neuerung bestand jedoch darin, dass Länder mit Handelsbilanzüberschüssen für Exporterlöse, die über das bewilligte Maß hinausgingen ebenfalls Strafen hätten zahlen müssen. Und je höher das Defizit oder der Überschuss, desto höher die Zinsrate.

Bei dieser Regelung waren Länder mit negativer Handelsbilanz gehalten, ihre nationale Währung abzuwerten, um ihre Exporte zu verbilligen. Länder mit positive Handelsbilanz mussten dagegen ihre Währung aufwerten, um ihre Exporte zu verteuern. Wenn ein solches Land seinen Handelsbilanzüberschuss nicht reduzierte, behielt sich die ICU das Recht vor, die den bewilligten Überschuss übersteigenden Einnahmen zu konfiszieren und in einen Reservefonds zu stecken. Mit den Geldern dieses Fonds wollte Keynes eine internationale Polizeitruppe, Hilfsaktionen bei Naturkatastrophen und andere UN-Aufgaben von globalem Interesse finanzieren. Es war eine elegante Konstruktion. Susan George

Seine Vorschläge zur Gründung einer internationalen Clearing-Union liegen vermutlich nicht einmal heute in über-setzter Fassung vor. Sie beinhalteten unter anderem: die Gründung dreier internationaler Organisationen (Handelsorganisation, Zentralbank, Clearingunion - ITO, IZB, ICU) und die Einführung einer fiktiven Weltwährung - des Bancor. Noch vor der Gründung der UNO im Jahre 1945, stand ein Modell zur Diskussion, in welchem alle teilnehmenden Länder nach Zahl und nicht nach Wirtschaftskraft stimm-berechtigt wären, in welchem Handelsdefizite limitiert und sanktionierbar wären; mit anderen Worten eine Verschuldung

des Südens gar nicht erst hätte entstehen können, das gegen-wärtige Riesendefizit des US-amerikanischen Wirtschaft, der mega-Überschuss der chinesischen Ökonomie wären ausge-schlossen gewesen (siehe Kasten). Im Gegensatz zur heutigen WTO, bei der das Thema Löhne, Beschäftigung, Arbeitsschutz überhaupt nicht vorkommt, widmete sich die ITO umfassend den Belangen der ArbeitnehmerInnen.

Es ist lehrreich mit an zusehen, welchen Kurs die inter-nationale Gemeinschaft statt dessen genommen hat.
GEPUNKT

MUSIK

Gudrun Gut I Put A Record On

Hagen hat Nena, Gießen hat Eva Briegel (Juli) und Celle ...? Celle hätte Gudrun Gut. Zumindest hat sie uns mit einem Verweis auf ihrer im Frühjahr erschienenen CD darauf auf-merksam gemacht. Denn als kleine Zugabe findet sich dort ein Video von Pipilotti Rist mit dem Titel "Celle", hervorgegan-gen aus eine gemeinsamen Audio-Video-Installation "celle zu zweit selbst". "I Put A Record On" heißt die CD der in Berlin lebenden Elektro-Pop-Ikone, die in fast allen Feuilletons auf-merksam registriert wurde.

Elektro-Pop ist nicht gerade Chart-tauglich, wenngleich: Vor ein paar Jahren brachten Chicks On Speed "Kaltes Klares Wasser", eine alte Nummer von Gudrun Guts ehemaliger Band Malaria! in die Top 20 der Single-Verkaufsliste. Listet man dann noch einige der Leute auf, mit denen Gudrun Gut in den vergangenen 30 Jahren zusammengearbeitet hat, kommt man schon ins Staunen: Blixa Bargeld, denn sie gehörte zur ersten Formation der Einstürzenden Neubauten, Mark Eins (Din A Testbild), Thomas Fehlmann (Palais Schaumburg), Inga Humpe und Klaus Schulze. Ihre eigenen Bands "Mania D" und "Malaria!" spielten in der Frauenliga eine immens wichtige Rolle.

Deshalb würde niemand auf die Idee kommen, dass diese Frau nicht von Kindesbeinen an Metropolenluft geschnuppert hätte, aber: Aufgewachsen ist Gudrun Gut in Unterlüß. Nicht unbedingt die beste Startposition für den Eintritt in die Avantgarde. In einem Interview erzählte sie zu dieser Vorgeschichte folgendes: "In Unterlüß gab es einen Mailorder-Vertrieb. Dort konnte man frühe Virgin-Platten per Post bestellen. Solche schräge Musik gab es damals in Deutschland noch gar nicht, und praktisch alle, die sich für Underground interessiert haben, haben dort bestellt. Es war reiner Zufall, dass ich ausgerechnet dort nach der Schule Pakete schnürte. Aber von da an hat sich das bei mir durchge-zogen." Nach der Schule ging's zum Kunststudium nach Berlin und ...

Jetzt ist sie selbst seit rund 30 Jahren "im Geschäft"; die

CD ist ihr erstes Solo-Projekt. Und das gilt bei dem weitge-hend computergeneriert Elektropop fast auch im wörtlichen Sinne. Die erzeugte Stimmung ist sehr artifiziell. Am deut-lichsten wird dies in jenen Tracks, die sich in die Traditionen der Popmusik begeben, wie bei den mit Blues-Boogithemen spielenden "Pleasuretrain" und "Girlboogie 06". Ein Tango-Beat wird verfremdet in dem Opener der CD "Move On", wo der Sprechgesang Gudrun Guts Rockmusikfans an Nico oder Marianne Faithful erinnern könnte. Grooviger finde ich aller-dings jene Nummern, wo Ansätze von Basslinien entwickelt werden - also z.B. in "The Land" mit wunderbar gehetzten Sechzehnteln oder dem "Rock Bottom Riser"(mit Uta Heller und Matt Elliott). Wer sich in dem Genre nicht so zu Hause fühlt, wird zunächst wohl vor allem Assoziationen zu Filmmusiken haben. Bestärkt fühlen kann man sich durch den Bonus der CD, jenes kleine Video mit dem Titel "Celle".



Zum Reinschauen lohnt: "Move Me", aber auch "Die Sonne" (mit Blixa Bargeld), und "Firething", sowie ein Live-Auftritt von Malaria! mit "Kaltes Klares Wasser" (GG am Schlagzeug) auf <http://www.myspace.com/gudrungut>; für alles andere: <http://www.m-enterprise.de/gut.html>

Gudrun Gut: I Put A Record On / Label: Monika (Indigo) / ASIN: B00004SK7I - 16,95 Euro.

Bericht über ein begeisterndes Buch

Die Achse der Hoffnung

Seit Jahrhunderten werden die Länder und die Menschen Lateinamerikas gnadenlos ausgeplündert: Weltbank und Internationaler Währungsfond haben die Kolonialmächte inzwischen abgelöst und setzen ihre neoliberalen "Anpassungsmaßnahmen" gnadenlos durch.



Eine unrühmliche Rolle spielte hier der Bundespräsident Horst Köhler als ehemaliger Präsident der Weltbank. Für die Länder Lateinamerikas gilt der "Washington Consensus", dessen "Neue Ordnung" bedeutet: Dieser Kapitalismus neuer Prägung ist die einzige Organisationsform der Menschheit, die Souveränität der Nationalstaaten kann überall verletzt werden, da die (kapitalistischen) "Menschenrechte" durchgesetzt werden müssen. Doch es gibt noch Hoffnung: "Nur noch in Lateinamerika schimmerte schwach eine echte politische Alternative. Dort hatten neue soziale Bewegungen neue politische Führer nach vorne gebracht. Die bestanden darauf, dass auch nach dem Fall der Sowjetunion die Welt immer noch vor denselben Wahlmöglichkeiten stehe: entweder ein neu aufpolierter globaler Kapitalismus mit neuen Kriegen und neuer

Verelendung, Chaos und Anarchie, oder ein neu durchdachter und wiederbelebter Sozialismus demokratischen Charakters, der den Bedürfnissen der Armen dienen kann."

Dies schreibt der britische Journalist Tariq Ali auf Seite 37 seines 2007 bei Diederichs erschienen Buches >Piraten der Karibik - Die Achse der Hoffnung - Evo Morales, Fidel Castro, Hugo Chavez.

Er zeigt, gegen welche Widerstände versucht wird, in Bolivien und Venezuela und auf Kuba eine Politik zu machen, die den Armen hilft und nicht die Taschen der reichen Minderheit und der globalen Konzerne füllt.

Für alle, die hinter den Schleier abwertender, neoliberaler Berichterstattung sehen wollen, liefert Tariq Ali die geschichtlichen und aktuellen Hintergründe. Hugo Chavez, in der deutschen Presse oft als "Populist" abqualifiziert, erhielt bei einem Amtsenthebungsreferendum der venezolanischen Opposition (gesteuert von der USA) über 60 % der Stimmen - vor allem der Armen. Evo Morales wird auch von der Bewegung gegen die Privatisierung der Wasserversorgung in Cochabamba / Bolivien unterstützt, wo der globale Konzern Bechtel (USA) sogar den Armen verbieten wollte, Regenwasser aufzufangen. Er, der geborene Aymara, konnte den Rückhalt der indigenen Mehrheit der Bolivianer gewinnen, die vorher von den politischen Prozessen ausgeschlossen war.

Kenntnisreich, witzig, klug, kritisch (z.B. gegenüber der versteinerten Revolution auf Kuba) ist dies ein Buch für alle, die nicht an eine Zukunft unter dem weltbeherrschenden Neoliberalismus glauben. Es macht mir Hoffnung: Es gibt noch Alternativen !

Julius H. Krizsan

Piraten der Karibik. Die Achse der Hoffnung
ISBN-10: 3720530019, 22.- Euro

Anzeige:

antikjaeger

das Antiquariat in der ehem.
Schulzeschen Buchhandlung
Inhaber: Bernhard Jaeger

29221 Celle Bergstrasse 49

antikjaeger@aol.com
tel. +49 5141 93 43 63

Gedichte von Bekim Morina

Etwas Besseres als den Tod ...

... zu finden, ist die Hoffnung all jener, die sich aus den Regionen der Kriege und des Hungers aufmachen. Wie die Stadtmusikanten des Märchens gibt es keine Arbeit für sie, und totgeschlagen zu werden ist für sie eine reale Bedrohung. "Landesflüchtige" werden Esel, Hund, Katze und Hahn bei den Brüdern Grimm genannt. Und eine Stadt wie Bremen bot im Feudalismus tatsächlich zumindest die Chance für ein Leben ohne Not und in Freiheit. Doch finden die MigrantInnen, denen heute noch gelingt die hohen Mauern des Schengen-Europa zu überwinden, tatsächlich etwas Besseres als den Tod? Bekim Morinas Gedichte lassen da Zweifel aufkommen.

Der kosovo-albanische Journalist und Schriftsteller floh mit seiner Frau Bafta im Februar 1999 aus dem Kosovo nach Deutschland; er war politisch zwischen die Fronten geraten, sein Leben in Gefahr. Es begannen Jahre der Diskriminierung und Erniedrigung, die das Leben von Flüchtlingen in Deutschland bestimmen. Vier Jahre lebten sie in der kleinen Gemeinde Langlingen im Landkreis Celle, dann - mit einem Stipendium der RWLE Möller-Stiftung ausgestattet - in der Kreisstadt.

Die 29 Gedichte nur von diesem biografischen Hintergrund her zu lesen, wäre aber zu kurz gegriffen. Die Verzweiflung und der Sarkasmus, der in ihnen mitklingen, finden sich hunderttausendfach auf den Fluren der Ausländerbehörden Europas - und sie finden sich bei jenen Überflüssigen, denen ein gültiger Pass keine Garantie mehr für eine geregelte Ausbeutung ist.

Wem jede Würde geraubt werden soll, gewinnt sie auf andere Weise vielleicht gerade als "Outlaw". In der Verachtung der Autoritäten und der Verspottung ihrer Phrasen liegt die anarchistische Sprengkraft vieler Verse - zum Beispiel in "Meine Apologie":

Ihr könnt mir Grenzverletzungen vorwerfen,
ich hab schamlos euren Schlagbaum angepisst;
bin auch mit dem Vokabular nicht zimperlich,
Grenzgebäude sind eben Scheißhäuser für mich

Und ein Richtertisch noch lange kein Altar;
Menschen und Gesetze exekutiere ich nicht;
Könige achte ich nicht höher als Esel,
auch wer den Mond zuerst betrat, ist mir egal.



Bekim Morina

Dass die Marginalisierten auf nichts und niemanden rechnen können, ist ein durchgängiges Thema. Das 54 Strophen lange "Testament" etwa ist auch eine fulminante Abrechnung mit den intellektuellen Stützen der Herrschaft, den Politikern und Pastoren, den Dichtern und Denkern, von denen Morina sagt, "wie der Wind auch wehte, ihr wusstet zu siegen / und die Farbe zu wechseln wie das Chamäleon":

Hat euch aber ein Nächster Hunger geklagt
- gelegentlich entgeht einem manches Leid -
so habt ihr gewiss schnell eine Erklärung parat;
wer hat für solche Kinkerlitzchen schon Zeit.

Doch nicht nur die menschenrechtspathetische Mittelschicht bekommt ihr Fett weg. "Sag mir nicht ..." verweist auf die Untauglichkeit alter Lebensweisheiten und in "Lass uns trinken" distanziert sich Morina von Trinkspruchseligkeiten und ihrer Verkennung des Verhältnisses von Herr und Knecht:

Trinken wir, Alter, auf dass wir uns bleiben
und jeder Mensch wirklich eine Rolle spielt;
dass die Arbeiter pünktlich entlohnt werden
und jeder Stürmer morgen sein Tor schießt.

Und den hollywoodschen Auswegen der Liebe oder eines heldenhaften Abgangs begegnet Morina mit düsterer Skepsis. Trennungen, Abschiede - "wir waren zwei Ufer und es gab keine Brücke" heißt es im Gedicht "Ohne Adresse". Seine Liebeslyrik ist einerseits verankert in der melancholischen

Bilderwelt des "nouvelle vogue", andererseits nah bei archaischen Motiven, wie man sie etwa auch von Dylan kennt:

Die Beine hau ich mir ab, werd übern Boden rutschen,
dann, aus Versehen, stößt du vielleicht gegen mich.
In ein Vöglein verwandelt will ich in Wolken schweben,
um dich jeden Morgen an deinem Fenster zu sehen.
("Für dich")

Im Märchen sagt der Esel zum Hahn: "Zieh lieber mit uns fort (...), etwas Besseres als den Tod findest du überall; du hast

eine gute Stimme, und wenn wir zusammen musizieren, so muss es eine Art haben". Die "gute Stimme" hat Bekim Morina auch. Und im Märchen gelingt es den tierischen Migranten ja damit, die Räuber zu verjagen und sich ein wohlige Heim einzurichten.

Bekim Morina: Etwas Besseres als den Tod. Gedichte. Aus dem Albanischen ins Deutsche gebracht von Oskar Ansell und Oda Buchholz.

Revonnah Verlag Hannover (2006), 144 Seiten, (ISBN 3-934818-63-3), 14 Euro

G8: Gipfel der Ungerechtigkeit

Das Buch zum Gipfel?



Als "Buch zum Gipfel" haben Christiane Buchholz und Katja Kipping im Hamburger vsa-Verlag eine Sammlung von Texten mit Argumenten und Gegenentwürfen zur Herrschaft der Konzerne herausgebracht. Als eine Art Vorbereitungsreader zu den Protesten gegen den G8 - Gipfel in Heiligendamm werden einige der für die Linke wichtige Themen behandelt: Irak-Krieg, Privatisierung, Prekarisierung,

Migration, Strategiefragen und und und. Neben prominenten Autoren wie Oskar Lafontaine und Hugo Chavez und kommen auch VertreterInnen von sozialen Bewegungen, attac und Gewerkschaftslinken zu Wort; die Herausgeberinnen schließlich sind Mitglieder in der Linkspartei bzw. WASG. Es ist also das Spektrum versammelt, das auf der Demonstration in Rostock am 2. Juni die Liste der RednerInnen gestellt hat.

Auf gut 130 Seiten finden sich zunächst 23 (!) Aufsätze. Analytisch tiefgehendes sollten die LeserInnen also besser nicht erwarten. Einzelne Aufsätze sind aber durchaus informativ. Politisch spannend wird's aber eigentlich nur dort, wo die VertreterInnen der Parteilinken nach Argumenten dafür suchen, dass sie doch zu den Guten gehören. Da bilanziert Wolfgang Methling, der stellvertretende Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns die "Chancen, Risiken und Nebenwirkungen der Regierungsbeteiligung", was auch dadurch, dass er dies zu einem "strategischen Dreieck" aufmotzt, mich nicht zu einem "Ja" bewegen kann.

Den Beitrag des Briten Alex Callinicos von der trotzkistischen Socialist Workers Party hätte ich mir dagegen ausführlicher gewünscht, weil er sich den Widersprüchen der aktuellen Organisationsdebatten zumindest stellt.

Eine kleine Überraschung bietet der Band auch für das Celler "Milieu", denn: Unsere ehemalige Mit-Redakteurin Heike Wieters ist mit dem Beitrag "Existenzgeld statt >Armutsbekämpfung<?" vertreten, worin das Potenzial aber auch die Fallstricke der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ausgelotet werden.

Christine Buchholz / Katja Kipping (Hrsg.): G8: Gipfel der Ungerechtigkeit. Wie acht Regierungen über 6.000.000.000 Menschen bestimmen. 176 Seiten. Hamburg (vsa-Verlag) 2006. 11.80 Euro - ISBN 3-89965-200-2

Kunstwege

Celle hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe interessanter Plastiken und Skulpturen hinzubekommen. Dietrich Klatt ermöglicht mit einem kleinen Band jetzt einen Überblick über die Vielfalt der Skulpturenlandschaft im hiesigen öffentlichen Raum. 98 Objekte sind es, die der Künstler und ehemalige Kunstlehrer vorstellt. Geordnet sind sie nach ihrem Standort und möglichen Spaziergängen in drei Kapitel: Altstadt, Parks und Außenbezirke. Neben jeweils einem oder mehreren absolut hochwertigen Fotos gibt es zu jedem Objekt die Basics: also Name des Künstlers mit Lebensdaten, Titel des Objekts, Jahr - Material - Größe sowie den Standort. Ansonsten nimmt sich Klatt die Freiheit, sich in den kleinen Texten jeweils eigensinnig zu nähern. Hier gibt's eine kunsthistorische Einordnung, dort ein paar Sätze mehr zum Künstler, hier eine Deutung der Symbole, dort ein eher spielerisches Kreisen um mögliche Bedeutungen - und neben Kunst- und Stadtgeschichte lässt es sich der Autor nicht nehmen, auch einfach mal Geschichten zu den Objekten zu erzählen. Das alles ist recht kurzweilig - und trotzdem legt man das Buch in jedem Fall nach dem Lesen schlauer aus der Hand. Und wahrscheinlich werden selbst die Flaneure die eine oder andere Skulptur bisher kaum beachtet haben.

Dietrich Klatt: Kunstwege. zu Plastiken, Skulpturen und Denkmälern im öffentlichen Raum der Stadt Celle. Celle 2007. 103 Seiten. 9,80 Euro.

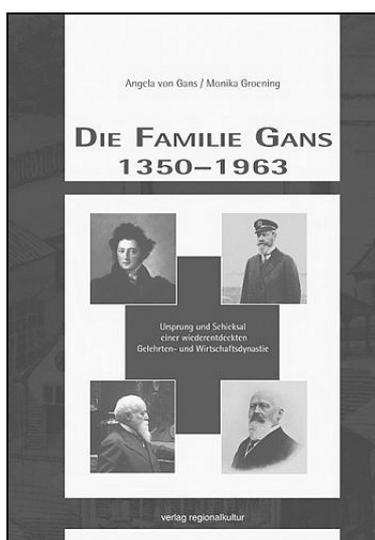
WiEder die Juden

Noch bis zum 23. September ist in der Synagoge eine Ausstellung zu "Judentum und Antisemitismus in der Publizistik aus sieben Jahrhunderten" zu sehen. Der Pressehistoriker Franz Josef Wiegelmann hat eine Ausstellung, in der anhand von mehr als 200 Originalpublikationen aus sieben Jahrhunderten gezeigt wird, wie den Lesern der frühen Flugschriften, Gazetten und Zeitungen über Jahrhunderte hinweg ein zumeist negatives, demütigendes Judenbild vermittelt wurde. Die Publikationen belegen eindrucksvoll, dass Judenfeindlichkeit und Antisemitismus tief in die deutsche Geschichte zurückreichen. Neben Beispielen antisemitischer Publizistik werden auch Beispiele jüdischer Publikationen gezeigt, die der judenfeindlichen Propaganda durch aufklärende und informative Beiträge zu begegnen suchten. - Zu der Ausstellung, welche bereits im Stadtmuseum Siegburg und dem jüdischen Gemeindezentrum Dresden gezeigt wurde, ist im Bernstein-Verlag, Bonn, ein illustriertes Begleitbuch erschienen. Die die Ausstellung ergänzenden Celler Exponate werden in einem gesonderten "Celle-Supplement" erläutert.

Wieder die Juden. Judentum und Antisemitismus in der Publizistik aus sieben Jahrhunderten, 268 Seiten; über 150 s/w Abbildungen (ISBN 978-3-9809762-8-2); 39,80; Supplement Celle. 16 Seiten, 11 s/w Abb., ISBN 978-3-939431-13-8, 4,-

Öffnungszeiten: Di bis Do von 12.00 bis 17.00 Uhr, Fr von 9.00 bis 14.00 Uhr und So von 11.00 bis 16.00 Uhr

Die Familie Gans in Celle



Vor gut zehn Jahren haben Brigitte Streich und Siegfried Schütz in dem Band "Juden in Celle" sehr informative Aufsätze zu dem Hoffaktor Isaac Jacob Gans und dem Advocaten und Schriftsteller Salomon Philipp Gans und dessen Rolle im Vormärz veröffentlicht. Deshalb war nicht unbedingt zu erwarten, dass die jetzt von Angela von Gans und Monika Groening vorgelegte Arbeit zur

"Dynastie" der jüdischen Familie hinsichtlich der Celler Linie viel Neues bringen würde. Und: Dem ist auch nicht so; sie stützen sich im wesentlichen auf die genannten Vorarbeiten. Was das Buch dennoch interessant macht, ist die Darstellung der unterschiedlichen Zweige der Familie, die ihre Ursprünge

im 16. und 17. Jahrhundert in Lippstadt, Minden und Hannover hatte. Die Celler Phase liegt im wesentlichen im 18. Jahrhundert, von wo aus zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Abwanderung in die Metropolen Berlin und Frankfurt stattfand. Hier zeigen die beiden Autorinnen, wie Vertreter der Familie zu Pionieren der deutschen Chemieindustrie werden. Die von ihnen mit gegründete Cassella AG entwickelte sich zum Weltunternehmen und gehörte schließlich zum I.G.-Farben-Konzern. Vergleichsweise breit wird das Schicksal der Familie unter dem Nationalsozialismus geschildert.

Leider wird die Stärke des Buches, nämlich Familiengeschichte zu erzählen, gleichzeitig zu seiner Schwäche. Dem Blick auf die eigenen Vorfahren geht in manchem eine wünschenswerte Distanz ab, zu häufig werden Vermutungen über mögliche Motive angestellt, die ihre Grundlage einzig in Mentalitätszuschreibungen haben. Insoweit gibt es aber auch eine Nebenerzählung, die Einblicke in die Suchbewegung der in die Familiengeschichte involvierten Autorin nachvollziehen lässt.

Angela von Gans / Monika Groening: Die Familie Gans 1350-1963. Ursprung und Schicksal einer wiederentdeckten Gelehrten- und Wirtschaftsdynastie. Heidelberg/Unstadt-Weiher/Basel - Verlag Regionalkultur 2006. 446 Seiten. 34,90 Euro.

TERMINE

Fr. 06.07.2007, 20:00 Uhr

Theater: Stones - Achtung Steine
"Stones - Achtung Steine" erzählt von der Freundschaft zwischen zwei Jungs, die sich gegenseitig mit gefährlichen Mutproben herausfordern. Plötzlich stehen sie mit Steinen bewaffnet auf einer Autobahnbrücke. Ein Mensch stirbt, und die Spielerei schafft grausame Tatsachen.

Eintritt: 5 Euro (ermäßigt), 10 Euro (Normalverdiener), 15 Euro (Solipreis)
Buntes Haus, Celle
Hannoversche Straße 30f

So. 08.07.2007, 11:00 Uhr

Erinnerungen an das Konzentrationslager Bergen-Belsen
Fanny Heymann berichtet aus ihrer Lebensgeschichte
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Sa. 14.07.2007, 21:30 Uhr

Summerbreak-Party
Das "Le Freak" war einer der angesagtesten Clubs in Celle. 1994 wurde er geschlossen. Doch der Geist lebt weiter und so feiern alte und neue Gäste der "Le Freak"-Party mehrmals im Jahr in der CD-Kaserne.
Eintritt: 6,00 Euro
CD-Kaserne Celle
Hannoversche Straße 30

Sa. 21.07.07, ab 17:00 Uhr

Birthday Soundstorm & Basketball Challenge. Ab 17 Uhr gibt's für euch das, was ihr nicht verpassen dürft:
1. Streetball Challenge (Basketball) mit Anmeldung!
2. Skateboarding (Celles little Skateland) "Packt das Skateboard ein"
3. Barbecue, mit "lekko schmekko"
4. Abends fette Party mit geilen Sounds und Artists!
Yes Yes Yes Friends of lovely Music,
Am 21.07.07 findet im und am Bunten Haus der "Birthday Soundstrom" statt.
"Kommt bis 19 Uhr und bezahlt für den ganzen Tag "Birthday Sound Storm" nur 2 EURO!"
Buntes Haus, Celle
Hannoversche Straße 30f

So. 29.07.2007, 11:00 Uhr

Die Entstehung der Gedenkstätte

Bergen-Belsen

Führung mit Martina Staats über das Gelände des ehemaligen Lagers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

So. 05.08.2007, 11:00 Uhr

Gesänge zwischen Hoffnung und Trauer. Lieder aus Konzentrationslagern und Ghettos vorgestellt von Fietje Ausländer und Susanne Brandt
Gedenkstätte Bergen-Belsen

So. 19.08.2007, 11:00 Uhr

Ungarische Häftlinge im Konzentrationslager Bergen-Belsen
Führung mit Stephanie Billib durch das Dokumentationszentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Fr. - Sa. 20.-21.08.2007

11. Umsonst & Draußen-Festival in Südwinen u.a. Abi Wallenstein and Blues Culture feat. Steve Baker & Martin Röttger, Groovin' Goblins, Lhama, Elizabeth Lee's Cozmik Mojo, Mr. Irish Bastard, Stonewall, Krawallec, Black Soul Choir, Tpunkterror, Die Papierflieger, Burning Eden, B³, Nebukadnezar, Lost Venture, Burnin' Blankets (www.suedwinen-festival.de)

Fr. - Sa. 24.-25.08.2007

Zytanien-Festival mit Freaky Fukin Weirdoz, Go Lem System, Leo's Den, Grand Island, The Sonic Boom Foundation, Vibravoid, The Sea, Muff, Rico Loop, Consenso, Father Nuke, Hore, Donkey Bridge, The Rivets, Los Angeles.

Sa. 25.08.2007

Bockpalast mit u.a. Rookie Jam (Effeltrich), Scarbug (Bremen) und Without You (Celle)
(www.bockpalast.de)

Ständige Termine:

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Do. im Monat
19.30 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

Erwerbslosenini Celle

Individuelle Hilfe bei Problemen mit dem ALG II
jeden Do., 17-19 Uhr

Rick's Café

Café-Termin von und für MigrantInnen
2. und 4. Di. im Monat 16 - 19 Uhr

Plenum

jeden Do. 19 Uhr

Volxküche

jeden So. 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr